



---

**Weiter wie bisher? Blinde Flecken? Do-no-harm?**

**KONTINUITÄT, KURSKORREKTUR ODER  
RICHTUNGSWECHSEL IN DER ZUSAMMENARBEIT MIT  
ISLAMISCH GEPRÄGTE LÄNDERN?**

**DOKUMENTATION DES FRIENT - WORKSHOPS  
am 17.02.2004**

---

## **FRIENT ist eine Arbeitsgemeinschaft von**

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Friedrich Naumann Stiftung (FNS), Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe/Misereor, Konsortium Ziviler Friedensdienst (Konsortium ZFD), Plattform Zivile Konfliktbearbeitung/Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

## **Diese Dokumentation wurde erstellt von:**

Katharina Hübner-Schmid (FriEnt/GTZ)  
Wolfgang Kaiser (FriEnt/EED)  
September 2004

### **FRIENT GRUPPE FRIEDENSENTWICKLUNG**

c/o Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung (BMZ)  
Friedrich-Ebert-Allee 40  
53113 Bonn  
Tel. 0228-535-3259  
e-mail: [frient@bmz.bund.de](mailto:frient@bmz.bund.de)  
[www.frient.de](http://www.frient.de)

Die in dieser Dokumentation vertretenen Positionen geben die Meinung der oben angegebenen Mitglieder des FriEnt-Teams wieder, aber nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen.

**Inhalt:****1. Vor dem Workshop:**

Entwicklungszusammenarbeit mit dem islamischen Raum – lange Tradition, neue Blickwinkel.....	4
---	---

**2. Der Workshop:**

„Die islamische Prägung“ – eine Sonderkategorie im Nord-Süd-Verhältnis?.....	6
--	---

2.1. Inputreferat Jochen Hippler: „Stabil, aber mit hohem Konfliktpotential“	7
2.2. Inputreferat Elias Jammal: „Kultur ist vielstimmig und Teil von Stagnation oder Wandel“.....	9
2.3. Inputreferat Klaus Hock: „Religion – Hindernis und Chance für friedliche Konfliktbearbeitung“.....	11

**3. „Der Islam“ als Herausforderung für die Arbeit der FriEnt-Organisationen - Ergebnisse der Arbeitsgruppen und des Abschlussplenums.....**

3.1. Entwicklungszusammenarbeit mit dem islamischen Raum: Kurskorrekturen unter erschwerten Bedingungen.....	13
3.2. Geschärfter Blickwinkel auf politische Blockaden.....	14
3.3. Auf der Suche nach einem sensiblen und kompetenten Umgang mit kulturellen und religiösen Identitäten.....	15
3.4. Neue Arbeitsansätze zum Aufbrechen von Veränderungsblockaden?.	17

**4. Fazit**

4.1. Handlungsbedarf und nächste Schritte.....	18
4.2. Bewertung durch die TeilnehmerInnen.....	19

<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>21</b>
-----------------------------	-----------

<b>Teilnehmerliste.....</b>	<b>22</b>
-----------------------------	-----------

Anhang 1: Inputreferat Elias Jammal.....	24
Anhang 2: Inputreferat Klaus Hock.....	27
Anhang 3: Beitrag zur Arbeitsgruppe; Andrä Gärber, Hajo Lanz (FES).....	29
Anhang 4: Beitrag zur Arbeitsgruppe; Elvira Ganter (GTZ).....	33
Anhang 5: Beitrag zur Arbeitsgruppe; Heiner Knauss (EED).....	37

## **Weiter wie bisher? Blinde Flecken? Do-no-harm? Kontinuität, Kurskorrektur oder Richtungswechsel in der Zusammenarbeit mit islamisch geprägten Ländern?**

Im Mittelpunkt des Workshops, zu dem FriEnt am 17. Februar 2004 eingeladen hatte, stand die Zusammenarbeit ihrer Mitgliedsorganisationen mit islamisch geprägten Ländern. Ca. 30 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus Regional- und Fachabteilungen, aus dem Leitungs-, Grundsatz- oder Lobbybereich tauschten sich zum Umgang ihrer Organisationen mit dem „Islam-Thema“ aus. Referenzpunkte wurden gesucht und diskutiert, um bisherige entwicklungspolitische Arbeitsansätze überprüfen und gemeinsamen Klärungsbedarf feststellen zu können.

Im 1. Block des Workshops wiesen drei Referate aus politik-, kultur- und religionswissenschaftlicher Perspektive auf Herausforderungen hin, denen sich eine konfliktsensible Entwicklungszusammenarbeit stellen muss. Im 2. Block wurde in drei Arbeitsgruppen diskutiert, welche Ansätze die Organisationen bisher verfolgt haben und welchen Bedarf sie für Kurskorrekturen sehen. Die Ergebnisse wurden anschließend im Plenum vorgestellt.

In der Dokumentation des Workshops wird im ersten Teil auf Diskussionen hingewiesen, die innerhalb der FriEnt Vertragspartner bereits *vor dem Workshop* am 17.2.04 stattfanden. Im zweiten Teil werden zentrale Aussagen der drei einleitenden Referate wieder gegeben, im dritten die *Ergebnisse der Arbeitsgruppen und des Abschlussplenums* zusammengefasst. Im Anhang (ab S. 24) finden sich die Thesenpapiere von zwei der Referenten und die Redebeiträge, die in den Arbeitsgruppen die Debatten einleiteten.

### **1. Vor dem Workshop:**

#### **Entwicklungszusammenarbeit mit dem islamischen Raum - lange Tradition, neue Blickwinkel**

Die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten und die Aktivitäten von Terrorgruppen haben in der deutschen Öffentlichkeit das Interesse an der Situation in der islamischen Welt deutlich belebt. Geringes Wissen über den Islam, den islamischen Kulturraum und die dortige Lebensrealität mischt sich dabei mit Angst vor terroristischer Gewalt, Unsicherheit im Umgang mit fremden Wertvorstellungen oder gar Furcht vor einem sich international abzeichnenden „clash of cultures“. Aus dieser Mixtur von Wahrnehmungen und Befürchtungen resultiert ein hoher öffentlicher Druck auf Politik. Sie soll Schutz vor gewaltsamer Bedrohung garantieren, aber auch den Dialog zwischen islamischen und westlichen Gesellschaften verstärken und so internationale Spannungen abbauen.

Ob und wie sie auf neue Herausforderungen im Umgang mit der islamischen Welt reagieren, werden seit Beginn dieser Debatten auch entwicklungspolitisch engagierte Organisationen häufiger gefragt. FriEnt erkundigte sich deshalb Anfang 2003 bei drei ihrer Mitgliedsorganisationen nach deren geografischen und thematischen Arbeitsschwerpunkten in „islamisch geprägten Ländern“. Die Reaktionen auf die Anfragen beim *Evangelischen Entwicklungsdienst (EED)*, der *Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)* und der *Deut-*

*schen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)* zeigten, dass alle drei mit umfangreichen Ressourcen Programme in Staaten fördern, in denen Muslime wenigstens 15% der Gesamtbevölkerung ausmachen oder in einem Teilgebiet des Landes die Mehrheit bilden. Über ihre jeweiligen Partnerfelder, sektoralen Prioritäten und Instrumente der Zusammenarbeit leisten sie seit langem wichtige entwicklungspolitische Beiträge.

Eigentlich muss es nicht wundern, dass die drei von FriEnt angesprochenen Organisationen von sich sagen können, „in der islamischen Welt“ präsent zu sein. In über 40 Staaten Afrikas, Asiens, des Balkans und des Nahen und Mittleren Osten stellen die weltweit 1,2 Milliarden Muslime die Bevölkerungsmehrheit. Nimmt man die Gesellschaften mit islamischen Minderheiten hinzu, weist sogar fast die Hälfte aller Entwicklungsländer neben anderen kulturellen oder religiösen „Prägungen“ auch die durch den Islam auf.

Während der EED eher in gemischt-religiösen Gesellschaften Afrikas und Asiens aktiv ist, führen FES und GTZ auch Programme in einer größeren Zahl von Ländern mit überwiegend muslimischer Bevölkerung durch, z.B. im nordafrikanischen Mittelmeerraum, den arabischen Ländern oder in Zentralasien. Interessanter als die Unterschiede zwischen den drei Institutionen, die sich aus dem Mandat, historisch gewachsenen Beziehungsfeldern und den jeweiligen Arbeitsinstrumenten ergeben, war für FriEnt eine Gemeinsamkeit in den Antworten. Für keine der Organisationen hat bisher die religiös-kulturelle Charakterisierung einer Weltregion den Ausgangspunkt für institutions-interne regionale Aufteilungen oder für spezifische Arbeitsprogramme gebildet.

Mehr noch: Eine am Islam orientierte Zuspitzung des Blicks empfanden alle in den Institutionen angesprochenen Regionalzuständigen als wenig hilfreich für die Analyse und Festlegung der entwicklungspolitischen Handlungsmöglichkeiten ihrer Organisationen. Sie betonten die kulturelle und religiöse Vielfalt jedes Landes und die Unterschiede in den Problemen und Entwicklungschancen. Die Gefahr sei hoch, falsche Schlüsse für Strategien zu ziehen, wenn der Islam oder die Zugehörigkeit zum islamischen Kulturraum als zentrales Element der Erklärung von Entwicklungsdefiziten oder der Eskalation politischer Konflikte gesehen werde.

Trotz der hinter dieser Aussage stehenden Betonung der Relevanz ihrer derzeitigen Programme spiegelten die Antworten aus EED, FES und GTZ auch den Beginn neuer Diskussionsprozesse wider. Das in Öffentlichkeit, Politik, aber auch innerhalb der Organisationen gewachsene Interesse am Islam hat dazu geführt, dass nach „blinden Flecken“ in den bisherigen Analysen und Strategien gefragt wird. So untersucht z.B. die GTZ, ob sie im arabischen Raum der Armutsbekämpfung und guten Regierungsführung bisher genügend Aufmerksamkeit gewidmet hat und zwischen-staatliche Entwicklungszusammenarbeit sich zukünftig stärker auf „reformfreudige Akteure“ (change agents) ausrichten könne. Bei der FES werden die Chancen langfristig tragfähiger strategischer Allianzen mit vor Ort aktiven islamischen Organisationen diskutiert, damit über das derzeitige Partnerspektrum hinaus auch mit ihnen eine demokratische Kultur gesellschaftlich verankert werden kann. Im Bereich der kirchlichen Zusammenarbeit beobachtet der EED in Afrika und Asien eine Zunahme gewaltsamer inter-religiöser Auseinandersetzungen und prüft, ob Partner in Projekten mit dem Ziel der Überwindung von Ungerechtigkeit und Armut dem friedlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Glaubens ausreichend Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Obwohl diese Zugänge zur „Islam-Frage“ zunächst wenig miteinander in Beziehung zu stehen scheinen oder sogar widerspiegeln, dass jede der Organisationen institutions-spezifisch auf Änderungen in ihrem Arbeitskontext reagiert hat, haben sie zumindest zwei Elemente gemeinsam. In den Vordergrund der Betrachtung ist bei EED, FES und GTZ das mit Entwicklungsprozessen verbundene Krisenpotential innerhalb einer größeren Zahl islamisch oder multi-religiös geprägter Gesellschaften gerückt. Daraus hat sich für die Organisationen die Frage ergeben, ob ihre bisherigen Arbeitsansätze angepasst und evtl. neue Partner für eine konfliktsensible Entwicklungszusammenarbeit gefunden werden müssen. Kurskorrekturen werden dabei u.a. von der Einschätzung politisch-ökonomischer Konfliktfaktoren und von den Chancen ihrer Bearbeitung durch die Organisationen und ihre Partner abhängig gemacht. In den Vordergrund ist aber auch die Sorge gerückt, die Bedeutung kulturell-religiöser Identitäten für das Handeln gesellschaftlicher Akteure in Konfliktverläufen nicht richtig eingeschätzt zu haben.

Eine weitere, die internationalen Beziehungen betreffende Herausforderung ist hinzu gekommen. Die sich in Deutschland wie international verfestigende Vorstellung eines grundlegenden zivilisatorischen Unterschiedes zwischen „Islam“ und „Westen“ scheint auch die Nord-Süd-Ausrichtung der Entwicklungspolitik zu hinterfragen. Hat die Entwicklungszusammenarbeit von Organisationen aus den westlichen OECD-Ländern in der islamischen Welt - und vielleicht auch anderen, sich kulturell deutlich von Europa und Nordamerika unterscheidenden Regionen - das Gebot des „do-no-harm“ ausreichend berücksichtigt? Hat sie eine Kultur der Kooperation und des Dialogs gefunden, die nicht den Eindruck eines übermächtigen und kulturell arroganten Westens verstärkt?

Die Frage, ob die Gegenüberstellung von Islam und Westen von Organisationen der EZ Herangehensweisen erfordert, die sich grundsätzlich vom Nord-Süd-Schema unterscheiden, bildete den Ausgangspunkt für das FriEnt-Seminar vom 17. Februar 2004.

## **2. Der Workshop:**

### **„Die islamische Prägung“ – eine Sonderkategorie im Nord-Süd-Verhältnis?**

Drei Referenten stellten in diesem Block der Veranstaltung aus politik-, kultur- und religionswissenschaftlicher Perspektive Herausforderungen für entwicklungspolitisches und konfliktsensibles Handeln dar.

Die Moderatoren des Workshops leiteten diesen Abschnitt des Seminars mit dem Hinweis ein, dass Überlegungen zu entwicklungspolitischen Konzepten für „die islamische Welt“ schon im Ansatz auf Grenzen stoßen. Zu unterschiedlich sind die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen in Indonesien (ca. 87% Muslime), Pakistan (99%), Syrien (90%), Marokko (89%) oder Nigeria (50%), als dass die Menschen dieser Länder sich selbst als islamisch geprägte Einheit wahrnehmen.

Weltweit lebt die Mehrheit der Muslime zudem in Staaten, die eher als „gemischt-religiös“ denn als islamisch charakterisiert werden können. Selbst im arabischen Raum, wo der Islam am ehesten der weltanschaulich dominierende Glaube ist, „prägen“ auch christliche, jüdische oder andere religiöse Minderheiten ihre Gesellschaften.

Auch mit dem Begriff der „umma“ als weltweiter Gemeinschaft der Muslime verbindet sich eher eine religiöse Idee (der Beziehung zwischen den Gläubigen und Gott) als eine

historisch gewachsene und über die heutigen Nationalgesellschaften hinausgehende politisch-kulturelle Identität. Vielfach stehen sich die Anhänger unterschiedlicher Glaubensrichtungen des Islam sogar seit Jahrhunderten unversöhnlich gegenüber, nachdem sich in Situationen politischer Konflikte divergierende Auffassungen zum Verständnis des Korans und zur Auslegung der Sunna (der Handlungen und Aussprüche Mohammeds) herausgebildet haben.

Die fehlende Präzision des Begriffs der „islamischen Welt“ wirft die Frage auf, wie wichtig für entwicklungspolitische Zusammenarbeit die Beschäftigung mit dem Islam als politischem Faktor, als kultureller Dimension oder als religiöser Identität von Menschen ist.

## **2.1. Inputreferat Jochen Hippler: „Stabil, aber mit hohem Konfliktpotential“**

*Jochen Hippler* (Politikwissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen) gab dazu in seinem Vortrag eine Reihe von Hinweisen. Er konzentrierte seine Ausführungen auf den arabischen Raum. Lange Zeit von der Entwicklungspolitik kaum beachtet, haben sicherheitspolitische Überlegungen nach dem 11. September 2001 zu einem verstärkten Interesse an dieser Region geführt. Intensiver ist seitdem die Auseinandersetzung mit Konflikten in den dortigen Gesellschaften und häufig wird der Islam als ein zentraler Faktor für die Eskalation von Auseinandersetzungen gesehen.

Hippler unterstrich, dass Entwicklungszusammenarbeit in der Lage sein muss, die Bedeutung kulturell-religiöser Identitäten für das soziale Handeln von Menschen richtig einzuschätzen. Er warnte aber davor, bei der Analyse von Ursachen der innergesellschaftlichen Konflikte und Spannungen zwischen arabischen Ländern und westlichen Industriestaaten den Islam oder die Religiosität der Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen.

In den meisten Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, so Hipplers Einschätzung, lassen sich klassische Probleme deformierter Entwicklung erkennen. Von Land zu Land haben sie sich spezifisch ausgeformt, aber fast überall eine innergesellschaftliche Dauerkrise ausgelöst. Wachstum, das von außen durch Nachfrage nach wenigen Rohstoffen und landwirtschaftlichen Gütern angeregt wurde und wird, hat nur in einigen Fällen nachhaltige Folgeeffekte auf die gesamte Ökonomie gezeigt. Hochmoderne Exklavenwirtschaft geht in vielen Ländern einher mit kümmerlicher Selbstversorgung. Ein kleiner Teil der Bevölkerung bestimmt das ökonomische und politische Geschehen, ist in globale Beziehungen und Konsummuster eingebunden; die Mehrheit aber ist arm, fühlt sich aus traditionellen Lebensformen herausgerissen und sieht sich ohne positive Zukunftsperspektiven.

Wirtschaftliche Stagnationstendenzen verbinden sich mit politischen Strukturen, die auf kurzfristige Problemreaktionen und den Erhalt der Macht der politischen und wirtschaftlichen Elite ausgerichtet sind. Die Mehrheit der Bevölkerung betrachtet diese Eliten als korrupt, abgeschottet von den sozialen Problemen und als unfähig, grundlegende Reformen einzuleiten. Politische Alternativen zu traditionellen Alleinherrschern oder sich demokratisch gebenden Halbdiktaturen sind kaum erkennbar, da Kontrollmechanismen der Sicherheitsapparate die Gesellschaft durchziehen. Oppositionelle Ansätze werden mal durch Vereinnahmung, mal durch Unterdrückung daran gehindert, größere Teile der Bevölkerung für Reformen zu mobilisieren und die „politische Stabilität“ zu erschüttern.

Trotzdem ist in vielen Ländern die wachsende Enttäuschung und Wut großer Teile der Bevölkerung über „schlechte Regierungsführung“, sozio-ökonomische Ungleichheit und mangelnde Meinungsfreiheit sichtbar. Da es aber kaum gesellschaftliche Mechanismen gibt, um Probleme offen zu artikulieren, wächst das unbearbeitete Konfliktpotential. Kritik am Staat und dem eingeschlagenen Entwicklungsweg macht sich öffentlich allenfalls daran fest, dass beide seit Kolonialzeiten von westlichen Einflüssen geprägt sind. Die Abhängigkeit von den Industriegesellschaften des Westens wird aber nur teilweise als politisches, wirtschaftliches und technologisches Problem thematisiert. Sie wird vor allem als kulturelle Demütigung der arabisch-islamischen Welt durch „den Westen“ empfunden und nicht selten zum Gegenstand öffentlich zirkulierender Bedrohungs- oder Verschwörungsvorstellungen.

Das internationale Machtungleichgewicht weniger als politisches Problem denn als Auseinandersetzung zwischen Kulturen darzustellen, liegt im Interesse der Regierenden. Interne Faktoren für Blockaden und Konflikte lassen sich so als zweitrangig behandeln. Doppelstandards in der westlichen Außenpolitik verstärken die Wahrnehmung einer historisch gewachsenen, konfrontativen Beziehung zwischen dem Westen und der islamischen Welt. Dies wird der Bevölkerung immer wieder am Beispiel der westlichen Behandlung des Israel/Palästina-Konflikts sichtbar gemacht oder anhand halbherzig erscheinender Predigten über die Bedeutung von Reformen, Demokratie und Menschenrechten, die europäische oder amerikanische Politiker an die autoritären Regimes der Region richten. Den Einfluss „des Westens“ auf die Entwicklung im arabischen Raum zu thematisieren, ist nicht nur ein von den Regierenden gern genutztes politisches Argument. Es dient genauso der politischen Opposition, wenn sie Bevölkerungsgruppen für ihre Ziele mobilisiert.

Relativ neu - so unterstrich Hippler - sei allerdings, dass der Islam zum dominierenden Sprach- und Denkcode geworden ist, um gesellschaftliche oder internationale Spannungen und Konflikte zu erklären. Nachdem sich die mit „westlich-kapitalistischer Entwicklung“ verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Erwartungen nicht erfüllt und andere politische Leitbilder nationalistischer, pan-arabischer oder sozialistischer Ausrichtung ebenfalls an Bedeutung verloren haben, wird verstärkt auf Religion als politisches Ausdrucksmittel zurückgegriffen. Regierungen betreiben eine „Islamisierung“ der Politik, indem sie z.B. politische Maßnahmen wie Zensur oder Einschränkungen der Meinungsfreiheit religiös begründen und Demokratie und Menschenrechte als westliche, mit dem Islam und arabischen Traditionen nicht zu vereinbarende Konstrukte darstellen. Durch den Bezug auf religiöse Grundwerte versuchen sie, ihre Entscheidungen zu legitimieren, und den gewachsenen Einfluss islamistischer Bewegungen zu unterlaufen. Einige dieser Gruppierungen stellen die Notwendigkeit religiös-moralischer Umgestaltung aller gesellschaftlichen Bereiche in den Vordergrund (und neigen z.T. zu gewaltvoller Radikalisierung). Andere suchen nach neuen Verbindungen zwischen dem politischen System, Entwicklungsprozessen und einer sich am Islam orientierenden kulturellen Identität.

Hippler betonte, dass die Formen der Funktionalisierung des Islams für Politik einer spezifischen Betrachtung bedürfen, um die Dynamik politischer Konflikte zu verstehen. Entwicklungspolitik dürfe darüber aber nicht vergessen, dass zentrale Ursachen für die Dauerkrisen im arabischen Raum und die innergesellschaftlichen Konflikte in den politischen und ökonomischen Entwicklungsblockaden liegen.



Hippler schloss seinen Vortrag mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, die politische Bedeutung des Islams differenziert zu betrachten. Er wies dabei auf die Volksreligiösität hin und den Einfluss, den einerseits orthodoxe Theologen, andererseits islamistische Gruppen auf ihre Ausprägung nehmen. Das Verhalten der meisten Muslime ist durch Vorstellungen bestimmt, die sich Gläubige ohne tiefergehende theologische Kenntnisse von ihrer Religion, den richtigen Formen der Religionsausübung und den mit dem Islam verbundenen ethischen Werten oder Verhaltensorientierungen für den Alltag machen. Diese Volksreligiösität ist lokal unterschiedlich ausgeprägt, nimmt regionale Sitten in die religiöse Vorstellungswelt auf und kann auch Erklärungsmuster integrieren, die politische Vorgänge ethisch bewerten.

Islamische Geistliche nehmen auf die Volksreligiösität großen, aber nicht ausschließlichen Einfluss. Ihrer Mehrheit wird ein orthodoxes Verständnis theologischer Interpretationen und eine enge Verknüpfung mit dem Staat nachgesagt. Tendenziell stärken sie konservative Tendenzen im Bewusstsein und Handeln der Muslime. Islamisten (darunter auch Geistliche) versuchen ihrerseits, die lokalen Ausprägungen des Islams zu beeinflussen und politische und religiöse Gefolgschaft zu finden. Ihre Argumente richten sich häufig gegen die Vertreter des Staats und gegen Teile des Klerus und vermitteln Ideen, die mal eine Rückbesinnung auf traditionelle Moral betonen, mal die Suche nach einem neuen Verständnis der Beziehung zwischen Religion und Politik.

In den meisten Gesellschaften, so Hippler, stehen diese Kräfte untereinander in Konkurrenz. Sie balancieren sich so aus, dass Freiräume für religiöse und politische Pluralität bestehen bleiben. In Momenten der Krise oder des externen Drucks können diese Tendenzen aber auch zusammen gezwungen werden, taktische Bündnisse eingehen und den Raum für Pluralität verringern. Sollte westliche Politik den Islam als zentralen Konfliktfaktor behandeln und ihn zu beeinflussen versuchen, laufe sie derzeit Gefahr, dogmatische Vereinheitlichungen im Islam und in politischen Diskursen zu verstärken.

## **2.2. Inputreferat Elias Jammal: „Kultur ist vielstimmig und Teil von Stagnation oder Wandel“**

*Elias Jammal* (Kulturwissenschaftler an der Fachhochschule Heilbronn) griff den Hinweis Hipplers auf, dass Entwicklungspolitik falsche Folgerungen ziehen könnte, wenn sie den Islam als einheitliche Religion oder den islamischen Kulturraum als ein im Kern unveränderliches Zivilisationsmodell betrachte. In den Mittelpunkt seines Vortrags (siehe „Thesenpapier“ im Anhang 1) stellte er die Dynamik von Kultur und verwies auf Interaktionsstrategien, die Entwicklungszusammenarbeit in Situationen von kulturellem und sozialem Wandel beachten sollte.

Stereotype Vorstellungen von Kultur - wie sie sich z.B. in Begriffen wie „dem arabisch-islamischen Raum“ oder „dem Westen“ widerspiegeln - verhindern ein angemessenes Verstehen sozio-kultureller Phänomene. Jammal beschrieb Kulturen als „mehrstimmig“ und „disharmonisch“. Unterschiedliche „Handlungs- und Bedeutungssysteme“, die das Verhalten von Individuen, Gruppen und Institutionen bestimmen, existieren neben- oder gegeneinander, vermischen und verändern sich. Welche davon dominant sind oder werden, hängt vom gesellschaftlichem Kontext und den Prozessen ab, die historisch zwischen diesen Systemen vermitteln. Kultureller und sozialer Wandel sind eng miteinander verzahnt. Wenn neue Werte, Lebensvorstellungen oder gesellschaftliche Entwicklungsziele sich in einer Gesellschaft verbreiten, können sie von Menschen als

Chance oder als Bedrohung wahrgenommen werden. Als Chance sehen soziale Gruppen sie dann, wenn die Unterschiede zum bisher dominanten System erkennbar sind *und* wenn sie von ihnen als ihre bisherigen Lebensziele unterstützend empfunden werden. Abwehr und Ängste entstehen, wenn Leitbilder sich diffus überlappen *und* als Gefährdung bisheriger Werte erscheinen.

Die mit gesellschaftlichen Veränderungen einhergehenden Spannungen lassen sich, laut Jammal, in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens gut beobachten. Die Widersprüche der internen Entwicklungsblockaden und soziale Differenzierungsprozesse stellen gewohnte Lebensformen und politisch-kulturelle Leitbilder in Frage. Traditionelle Vorstellungen treten in Konkurrenz zu Ideen, die z.B. aus neuen Verhaltensnotwendigkeiten infolge wirtschaftlich-technologischer Veränderungen oder der Verstärkung resultieren. Im Zuge der Globalisierung kommen aus dem Ausland westliche Politik-, Bildungs- oder Konsumvorstellungen genauso hinzu wie der kulturelle Einfluss aus anderen islamischen Ländern, zu denen Migrations- oder Kommunikationsbeziehungen stärker geworden sind (z.B. zu Saudi-Arabien, den Golfstaaten oder dem Iran).

Viele soziale Gruppen sehen sich mit diesem Nebeneinander unterschiedlicher „Handlungs- und Bedeutungssysteme“ konfrontiert. Sie können deren jeweilige Zielvorstellungen nur schwer miteinander in Verbindung setzen und für ihr eigenes Handeln bewerten. Sie empfinden diese Situation nicht als Chance zum Umgang mit Wandel und Konflikten, sondern als Bedrohung gewohnter Lebensformen. Sie fragen sich z.B., ob westlich-individualistische Konsum- und Verhaltensmuster mit ethisch-religiös geprägten Sozialverpflichtungen vereinbar sind oder traditionell-hierarchische Solidarnetze mit demokratischen Beziehungen in Politik und Gesellschaft. Die Schwierigkeit, Querverbindungen zu erkennen und sie als Unterstützung von gesellschaftlichem Wandel zu begreifen, fördert Furcht vor kultureller „Fremdbestimmung“. Unter diesen Umständen wird das Bedürfnis, sich auf Traditionen und religiöse Grundwerte zu besinnen und „Abweichler“ zu bestrafen, dominanter als die Bereitschaft, Altes und Neues zu verbinden.

Entwicklungszusammenarbeit agiert im arabischen Raum in einer derartigen Situation „kultureller Überschneidungen“. Sie müsse sich – so Jammal - deshalb fragen, ob sie bestehende Bedrohungsängste vertiefe oder ob sie helfen könne, zwischen divergierenden gesellschaftlichen Zielvorstellungen zu vermitteln. Sie kann - eventuell unwillentlich - traditionell-dominierende Werte und Strukturen stützen oder aber negative Einstellungen gegen Wandel, Reformen und Reformern abbauen. Gelingt es Entwicklungszusammenarbeit, die Akzeptanz der Pluralität unterschiedlicher Ideen zu erhöhen, leistet sie einen Beitrag zu einem offeneren Umgang mit sozialem Wandel und mit Konflikten.

Jammal wies auf vier idealtypische Strategien hin, die als Wegweiser für die Kooperation zwischen entwicklungsorientierten Akteuren in Deutschland und im Ausland von Interesse sein können. Ausgehend von den Kategorien „Lehr-“ bzw. „Lernorientierung“ (mit den Variablen „hoch“ und „niedrig“) nannte er diese Formen der Interaktion „Konfrontation“, „Aushandlung“, „Vermeidung“ und „Adaption“ (Details finden sich im Thesenpapier). Wenn die vier Strategien angemessen gemischt und dosiert werden, sei es am ehesten möglich, Bedingungen für eine konstruktive Auseinandersetzung mit kulturellem Wandel zu schaffen und - auf der Ebene der Zusammenarbeit zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen - einen Dialog „auf gleicher Augenhöhe“ zu führen.

Mit Blick auf entwicklungspolitische Organisationen fragte er abschließend, ob sie diese Interaktionsdynamiken im Blick haben, wenn sie - aus einer Position der politischen und finanziellen Stärke - aktiv ihre Werte und Vorstellungen von „Entwicklung“, „Politik“ oder „Konfliktbearbeitung“ in einen fremden Kulturraum vermitteln („lehren“). Sind sie - entsprechend ihres Eigenanspruchs nach inter-kultureller Kompetenz - auch bereit, Kritik aufzunehmen und zu verarbeiten („zu lernen“)?

### **2.3. Inputreferat Klaus Hock: „Religion – Hindernis und Chance für friedliche Konfliktbearbeitung“**

*Klaus Hock* (Religionswissenschaftler an der Universität Rostock) befasste sich in seinem Vortrag mit der Rolle von Religion(en) für gesellschaftliche Stagnation oder Veränderung. Religion, so begann er seinen Beitrag (siehe „Thesenpapier“ im Anhang 2), werde zunehmend als eine Konfliktlinie in politischen Auseinandersetzungen und als Faktor für deren Eskalation wahrgenommen. Er wies auf gewaltsame Konflikte entlang religiöser Trennlinien in einer Reihe von Ländern hin, wo Christen und Muslime lange friedlich mit- oder nebeneinander gelebt haben und religiöse Minderheiten gesellschaftlich und politisch integriert waren.

Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen Religionsgruppen oder zwischen Anhängern religiöser und politischer Weltanschauungen entstehen in einigen Fällen dort, wo fundamentalistische christliche oder islamische Gruppen darauf beharren, ihrer Überzeugungen politisch durchzusetzen. In anderen Fällen sind es politische Akteure, die komplexe gesellschaftliche Sachverhalte auf Unterschiede in Glaubensfragen reduzieren und Menschen entlang ihrer „religiösen Identität“ gegen andere Gruppen mobilisieren. Durch die Betonung gemeinsamer religiöser Werte und die Hervorhebung der Differenzen zwischen Religionsgruppen werden Auseinandersetzungen über politische Konzepte verdrängt. Konflikte friedlich zu lösen, fällt in diesen Situationen besonders schwer, da religiös begründete Abgrenzungen im Gegensatz zu sozialen und wirtschaftlichen Interessenunterschieden kaum zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden können.

Hock betonte, dass es zwischen den Wahrheitsansprüchen von Religionen Unterschiede und Gemeinsamkeiten gibt. Diese seien aber nicht zentral für das Verständnis von religiösen Identitäten in gesellschaftlichen Konflikten. Er unterstrich, dass „der“ Islam ebenso wenig existiere wie „das“ Christentum. Religion sei weder ein grundsätzliches Hindernis, noch per se eine Chance für den Umgang mit gesellschaftlichem Wandel. In den heiligen Schriften beider Religionen sind Gewalt und Frieden, gesellschaftliche Stagnation und Veränderung als Grundthemen menschlichen Zusammenlebens beschrieben; gewaltlegitimierende Aussagen finden sich genauso wie friedensfördernde Impulse.

Um die Bedeutung von Religion für das Handeln von Menschen zu verstehen, muss im jeweiligen sozialen und historischen Kontext geschaut werden, wie religiöse Ideen individuelle oder kollektive Vorstellungen zum Sinn und Wert von Leben und gesellschaftlichem Zusammenleben prägen. Hock wies darauf hin, dass die Diskurse betrachtet werden müssen, die religiöse Identitäten „sozial konstruieren“ und dann menschliches Handeln bestimmen. Ob Religion zu gesellschaftlicher Stagnation oder Veränderung beiträgt, hängt häufig davon ab, welche und wessen Interessen religiöse Identitätsbildung und politisches Handeln zueinander in Beziehung setzen. Derzeit werde dies in

vielen Ländern deutlich, wo Muslime das Verhältnis zwischen Religion, Gesellschaft und Politik kontrovers diskutieren.

Während in Europa über Jahrhunderte die Auseinandersetzungen zwischen der kirchlichen und weltlichen Sphäre zu einer gedanklichen und politischen Trennung beider Systeme geführt haben (religiöse Neutralität des Staates und Sicherung der Praxis von Religionsfreiheit), kommt Religion in vielen islamisch geprägten Ländern bis heute weitgehend ungeregelt im politischen Bereich zur Geltung. Dies sieht man an den Versuchen der Eliten, politische Entscheidungen religiös zu begründen (und zu legitimieren). Sichtbar ist es auch dort, wo islamistische Gruppen die Existenz des säkularen Staat oder das konkrete politische Handeln seiner Repräsentanten mit religiösen Argumenten hinterfragen.

Die Versuche im islamisch geprägten Raum, das Verhältnis von Religion und Staat unter den heutigen Bedingungen neu zu bestimmen, hat nicht nur eine politische Dimension. Sie geht auch mit Neubestimmungen religiöser Identitäten einher. Werden sich Tendenzen behaupten, die Glaubensüberzeugungen für unveränderliche (göttlich gegebene) Richtlinien für die Organisation zwischenmenschlicher Beziehungen halten und deshalb Religion als Maßstab für das Leben der Gläubigen *und* für die Regelung öffentlicher Angelegenheiten setzen? Oder werden Strömungen stärker, die nach der Vereinbarkeit ihrer Religiösität mit sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen und neuen Gedankenwelten suchen? Die sich evtl. weiter polarisierende Auseinandersetzung, ob der Koran unmittelbares Gesetz für menschliches Zusammenleben sei oder er für das Zusammenleben in moderner Gesellschaft interpretiert werden müsse, fordert deshalb gleichermaßen Politik wie die islamische Theologie heraus.

Aus dem Ausland kommende Entwicklungsorganisationen, so Hock, sollten sich in die Debatten um das Verständnis des Islams nicht einmischen. Sie können aber Plattformen anbieten, wo das Potential von Religion(en) als Kraft zur Überwindung von Armut, Diskriminierung, Ungerechtigkeit oder für die friedliche Bearbeitung von Konflikten diskutiert wird. Für Gesellschaften und soziale Gruppen, die Entwicklung nicht nur „weltlich“ sehen, sondern für deren Handeln und Bewerten von Situationen religiöse Überzeugungen sinnstiftend sind, kann dieses Angebot zur Auflösung von Diskussionsblockaden beitragen.

Für politische Dialoge oder Entwicklungszusammenarbeit sei es teilweise schwer, im islamischen Kontext Partner zu finden. Im Vergleich mit dem institutionalisierten Christentum sind die religiösen Instanzen des Islams polyzentrischer strukturiert. Nebeneinander existierende Strukturen lassen eine Vielzahl von Kontakten zu religiösen Institutionen oder Netzwerken zu. Der Grad ihrer jeweiligen Repräsentativität oder Autorität bedarf aber genauso der genauen Betrachtung wie der nach ihrem Selbstverständnis bezüglich der Beteiligung an sozialer Entwicklung oder an politischen Prozessen.

### **3. „Der Islam“ als Herausforderung für die Arbeit der FriEnt-Organisationen - Ergebnisse der Arbeitsgruppen und des Abschlussplenums**

Im Mittelpunkt des zweiten Teils des Workshops stand der Austausch der FriEnt-Organisationen zu ihrem Umgang mit der „Islam-Frage“. Die drei Inputreferate hatten dazu folgende Referenzpunkte geschaffen:

- Wenn entwicklungspolitische Handlungsoptionen überprüft werden, sollten die Mitglieder von FriEnt die „islamische Welt“ nicht als Einheit betrachten.
- Entwicklungspolitik hat die arabisch-islamische Region lange zu wenig beachtet und deshalb die Herausbildung eines dort wachsenden Krisenpotentials übersehen. Es besteht ein Nachholbedarf, um die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Besonderheiten dieser Region besser zu verstehen und Prozesse der friedlichen Transformation der Konflikte unterstützen zu können.
- Bei der Betrachtung der Länder im Maghreb, Nahen und Mittleren Osten und im Golfbereich stand in der Vergangenheit häufig eher ihre geopolitische Bedeutung für die westlichen Industrieländer im Vordergrund als interne Entwicklungsdefizite. Erst die Betonung von „Sicherheit“ als neuem Paradigma in der Gestaltung internationaler Beziehungen hat dazu geführt, sich den innergesellschaftlichen Konflikten stärker zu widmen. Dabei dürfen entwicklungspolitische Strategien der Terrorbekämpfung aber nicht untergeordnet werden. Erfolg und Glaubwürdigkeit von Entwicklungsorganisationen sind davon abhängig, ob ihre Arbeit dazu beiträgt, komplexe Entwicklungsblockaden innerhalb von Gesellschaften aufzubrechen und friedliche Konfliktbearbeitung zu begünstigen.
- Änderungen in den nationalen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen sind eine Voraussetzung dafür, dass in diesen Gesellschaften Konfliktpotential artikuliert und konstruktiv bearbeitet werden kann. Erleichtert werden diese Prozesse, wenn westliche Industrieländer glaubwürdig Reforminitiativen unterstützen und nicht zwischen dem Interesse an der Erhaltung der Stabilität (status quo) und der Förderung von Demokratisierungsprozessen schwanken.
- Die Bearbeitung struktureller Konfliktursachen und die Unterstützung von Prozessen der Konflikttransformation sind ohne Blick auf Kultur und Religion nicht möglich. Kultur und Religion tragen zu Entwicklungsblockaden und Konfliktdynamiken bei, können aber auch bei ihrer Auflösung helfen.
- Politische Glaubwürdigkeit und die Bereitschaft, die eigenen Leitbilder zu hinterfragen, sind für Entwicklungspolitik wichtig, wenn sie im islamischen Raum relevante Beiträge zur Schaffung friedlich ablaufender Reformprozesse und zum Abbau negativ geprägter Bilder des „Westens“ leisten will.

Um herauszufinden, welche Ansätze die FriEnt-Organisationen bisher verfolgt haben und welche Kurskorrekturen ihnen für die Zukunft notwendig erscheinen, wurde in drei inter-institutionell zusammengesetzten Arbeitsgruppen zu folgenden Fragen gearbeitet:

1. *Für welche der angesprochenen Herausforderungen haben die FriEnt-Organisationen in den letzten Jahren ihren Blick geschärft?*
2. *Messen die Organisation der religiösen und kulturellen Dimension in politischen Prozessen und Konflikten eine veränderte Bedeutung bei?*
3. *Sind neue Arbeitsansätze gesucht und erprobt worden, um im islamischen Raum Veränderungsblockaden in der politischen Kultur aufzubrechen?*
4. *Gibt es für die FriEnt-Organisationen einen gemeinsamen Klärungs- und Handlungsbedarf?*

### **3.1. Entwicklungszusammenarbeit mit dem islamischen Raum: Kurskorrekturen unter erschwerten Bedingungen**

Einführende Beiträge von VertreterInnen der FES, GTZ und EED (siehe Anhang 3 bis 5) dienten den Arbeitsgruppen als Einstieg in die Diskussion. Sie regten die anderen

TeilnehmerInnen an, auch aus ihren Organisationen über den Umgang mit dem Thema „Entwicklungszusammenarbeit (EZ), Islam und Konflikte“ zu berichten. Der Austausch spiegelte eine große Bandbreite von Erfahrungen, Einschätzungen und Bewertungen wider. Deutlich wurde dabei, dass in allen Organisationen bisher vor allem auf dem Hintergrund der eigenen Arbeitspraxis über Kurskorrekturen nachgedacht wird.

Selbstkritisch wurde hinterfragt, ob dieses Nachdenken und erste Kurskorrekturen ohne das „Bedrohungsszenario“, das nach dem 11.9.2001 im Westen entstanden ist, stattgefunden hätte. Tiefergehende Debatten um die Notwendigkeit von Kurskorrekturen wurden erst danach begonnen. Gleichzeitig wurde von allen FriEnt-Organisationen hervorgehoben, dass sie es bewusst ablehnen, sich primär als „Terrorbekämpferinnen“ zu sehen und sich einer an Gefahrenabwehr orientierten Sicherheitspolitik unterzuordnen. Dies umso mehr, als die gegenwärtige „Sicherheitskonjunktur“ Wasser auf die Mühlen autoritärer Präsidialregime (wie z.B. Algerien, Tunesien, Ägypten oder Syrien) ist und von diesen mit der Absicht instrumentalisiert wird, keine Korrekturen in Richtung Demokratisierung oder der Bearbeitung von Konflikten vornehmen zu müssen.

Die Institutionen haben unterschiedliche Erfahrungen aufgrund ihrer Mandate, Beziehungsfelder und Instrumente und suchen in diesem Rahmen ihre „blinden Flecken“ und neue Handlungsstrategien. Die einleitenden Beiträge von Vertretern der FES, GTZ und des EED zeigten, dass z.B. FES und GTZ das Augenmerk auf „gute Regierungsführung und die Erweiterung des Partnerspektrums“ gerichtet haben, der EED hingegen auf „Religion als Faktor für die Eskalation politischer Konflikte“. Eine Gemeinsamkeit ist im gesamten FriEnt-Spektrum sichtbar: ein Plädoyer für eine differenzierte Auseinandersetzung und gegen essentialistische Konstruktionen, da es den Islam „als solchen“ nicht gibt.

In allen Institutionen wurde mit Maßnahmen zur Überprüfung oder Korrektur der bisherigen Arbeit begonnen. So gab es von Seiten des BMZ Forschungsaufträge für das Deutsche Orient Institut oder das Deutsche Institut für Menschenrechte. Bewusster als bisher wurden IslamwissenschaftlerInnen und KennerInnen der Region in die internen Debatten oder in nach außen offene Fachgespräche einbezogen. Kleinere Projekte oder Maßnahmen wurden durchgeführt oder laufen noch, um Erfahrungen für Anpassungen oder Neuausrichtung der Programme zu sammeln.

Das Bewusstsein, die äußerst heterogenen politischen und kulturellen Systeme der islamischen Länder nicht mit traditionellen Stereotypen erklären zu wollen, ist gewachsen. Fast alle FriEnt-Organisationen heben die Notwendigkeit einer breiteren und in die Tiefe gehenden Kenntnis der gesellschaftlichen Umbruchprozesse hervor. Sie verweisen dabei besonders stark auf die Notwendigkeit, eine genaue und bessere Kenntnis und Einschätzung der Akteure in den arabischen Ländern zu bekommen.

### **3.2. Geschärfter Blickwinkel auf politische Blockaden**

Von allen FriEnt-Organisationen ist seit Anfang der 90er Jahre - vor allem im afrikanischen Kontext - eine Zunahme gewaltsamer Konflikte durch sich verknappende Ressourcen, Staatszerfall und sich ausbreitende Gewaltmärkte wahrgenommen worden. Im arabischen Raum richtet sich das Augenmerk der EZ seit dem 11.9.2001 zunehmend auf politisch-ökonomische Blockaden und ein hohes Konfliktpotential, das bisher eher punktuell gewaltsam eskaliert. Einige Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Workshops

betonten, dass diese Tendenzen angesichts wachsender Verarmung und steigender Arbeits- und Perspektivlosigkeit bei der jungen Bevölkerung keine vorübergehenden oder regional eingegrenzten Zeiterscheinungen seien, sondern das Ergebnis globaler wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Verwerfungen. Als Folge davon ist das Erstarren fundamentalistischer und z.T. auch gewaltbereiter Kräfte in dieser Region zu beobachten.

Angesichts dieses Szenarios wächst die Notwendigkeit, das Augenmerk der Entwicklungspolitik und der EZ stärker auf die anhaltenden und tiefgehenden Entwicklungsblockaden zu richten. Sie sind vor allem politischer und ökonomischer Natur und weniger kulturell bedingt. Ihre Bearbeitung muss zukünftig im Rahmen der EZ zentral sein. Dies gilt besonders für die Zusammenarbeit mit den islamisch geprägten Kernländern (Nahost). Dort hat deutsche Außen- und Entwicklungspolitik es bisher eher vermieden, Einfluss auf (vielfach korrupte und autoritäre) Führungseliten zu nehmen oder sich zu Fragen „schlechter Regierungsführung“ konkret zu äußern. Zu oft und lange wurde wegesehen, wenn Pressefreiheit, politische und bürgerliche Rechte eingeschränkt, das Entstehen von politischer Opposition behindert und freie und geheime Wahlen eine Farce blieben. Angesichts solcher Rahmenbedingungen, so einzelne Teilnehmer, müsse man selbstkritisch fragen, in wie weit die bisherigen Handlungsansätze ein Aufbrechen interner politischer Blockaden überhaupt ermöglichen.

In diesem Kontext wurde die bisherige Konzentration der zwischenstaatlichen Technischen Zusammenarbeit auf staatliche Partner, die als Träger autoritärer Herrschaftssysteme zunehmend unter inneren Legitimationsdruck geraten und den Dialog mit der Zivilgesellschaft nicht ernsthaft führen, hinterfragt. Möglicherweise muss diese verringert und die Zusammenarbeit mit gesellschaftlich legitimierte islamischen Gruppierungen stärker gesucht werden. Für die kirchlichen Hilfswerke heißt es, bisherige Arbeitsansätze kritisch unter die Lupe zu nehmen und die möglicherweise konfliktverschärfende Rolle kirchlicher Partner gerade dann genau zu analysieren, wenn Religion oder Religionsunterschiede Faktoren für die Eskalation von Konflikten werden. Im Fall der politischen Stiftungen muss die Wirksamkeit von Demokratieförderung hinsichtlich dafür geeigneter Handlungsansätze und Partner überprüft werden.

Eine konflikt sensible Entwicklungspolitik und EZ muss in dieser Region stärker als bisher an den politisch-ökonomischen Blockaden ansetzen. Erfolgversprechende Kurskorrekturen werden im arabischen Raum auch daran gemessen werden, inwieweit deutsche und europäische Außen- und Entwicklungspolitik bereit sind, das Primat der Stabilität des Nahen und Mittleren Ostens zugunsten einer Demokratieförderung aufzuweichen und politisch-wirtschaftlichen Druck dort auszuüben, wo es für langfristige Konfliktbearbeitung dringend notwendig scheint.

### **3.3. Auf der Suche nach einem sensiblen und kompetenten Umgang mit kulturellen oder religiösen Identitäten**

In den Arbeitsgruppen wurde deutlich, dass die FriEnt-Organisationen zwar seit langem bei Analysen berücksichtigen, wie kulturelle Leitbilder das Handeln sozialer Gruppen oder die Gestaltung gesellschaftlicher Institutionen mitbestimmen. Weniger Erfahrung gibt es damit, die Rolle von Kultur in der Praxis entwicklungspolitischen Handelns angemessen zu gewichten. Dies zeigte sich im Workshop, als anhand der politischen Prozesse über Religion und Kultur diskutiert wurde. Drei Bereiche wurden angesprochen:

der Umgang mit kultureller Vielfalt in Entwicklungszusammenarbeit, die Bedeutung von religiöser Identität in Konflikten und das Handeln deutscher Organisationen in einem fremden kulturellen Kontext.

Die von den Referenten des ersten Veranstaltungsblocks gegebenen Hinweise auf die Vielschichtigkeit von Kultur und Religion wurden in den Arbeitsgruppen aufgegriffen. In Diskussionen mit der deutschen Öffentlichkeit versuchen FriEnt-Organisationen, Tendenzen zur Überbetonung der Religion als zentralem Faktor zur Erklärung blockierter Entwicklung und von Gewaltakten entgegen zu wirken und auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen ein differenziertes Bild der gesellschaftlichen Prozesse in Ländern mit muslimischer Bevölkerung zu schaffen. Sie wenden sich gegen eine Betrachtung des Islams als einer in sich geschlossenen und unveränderlichen Weltanschauung und betonen die Verbindungen zwischen kulturellem, sozialem und politischem Wandel.

Festgestellt wurde allerdings auch, dass zu vielen Ländern ein Nachholbedarf an Informationen zur Dynamik des Wechselverhältnisses zwischen Kultur und Politik besteht. Für das Verständnis von Konflikten müssen sozio-kulturelle Aspekte in den nächsten Jahren im Dialog mit Partnern stärker thematisiert oder Gegenstand regelmäßig aktualisierter Studien werden. Dann können sie wiederum in strategische Planungen, die Gestaltung von Projekten, die Vorbereitung von ins Ausland gehenden Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen oder in die Öffentlichkeitsarbeit einfließen.

In einigen Organisationen sind in den letzten zwei bis drei Jahren neue Erfahrungen und Kontakte gesucht worden, um Entwicklungszusammenarbeit kultursensibler zu gestalten. In Ländern mit muslimischer Bevölkerung werden z.B. Diskussionen zwischen islamischen Funktionsträgern und Vertretern oder Vertreterinnen von FriEnt-Organisationen geführt, um Anknüpfungspunkte zwischen „westlichen Entwicklungskonzepten“ und islamischen Vorstellungen von „richtigem“ sozialen Verhalten zu erkennen. Sie führen dazu, dass Entwicklungsvorhaben besser an den sozio-kulturellen Kontext angepasst und durch geistlich-politische Führer unterstützt werden. Eine erhöhte Legitimität, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Projekte wird davon erwartet. Derartige Ansätze „inter-kultureller Übersetzung“ können auch im Rahmen der von Prof. Jammal angesprochenen Interaktionsstrategien (Konfrontation, Aushandlung, Vermeidung und Adaption) analysiert und für die Zusammenarbeit auf Projektebene weiterentwickelt werden.

Über kulturelle Sensibilität hinaus sehen FriEnt-Organisationen eine ihrer Aufgaben darin, Prozesse der Vermittlung zwischen gesellschaftlichen Umbruchsituationen, politischem Handeln und kultureller Identität zu fördern. Die von Prof. Jammal beschriebene Situation der Überschneidung traditioneller und moderner Werte oder zwischen Bedeutung gewinnenden bzw. verlierenden Vorstellungen über Lebens- oder Entwicklungsziele ist in vielen Gemeinwesen- oder Bildungsprogrammen zentral. Sie stellen z.B. Plattformen zum Austausch zwischen unterschiedlichen Gruppen zur Verfügung oder schaffen Freiräume, wo neue Handlungsmöglichkeiten zwischen sozialen Gruppen erprobt werden. Indirekt wird so auch die Erfahrung vermittelt, Veränderungen nicht „ausgesetzt“ zu sein, sondern sie wenigstens punktuell mitgestalten zu können. Gelingt dies, kann Tendenzen zu einer Polarisierung der Gesellschaft entgegen gesteuert und eine Bereitschaft zur Beschäftigung mit politischen Reformen geschaffen werden. Betont wurde in diesem Zusammenhang auch, dass Entwicklungsorganisationen die Heterogenität gesellschaftlicher Entwicklung aufmerksam beobachten und Debatten nicht aus dem Weg gehen sollten, die kontrovers geführt werden (Beispiel: Frauenrechte).



Der Rolle von Religion in Entwicklungsprozessen ist in FriEnt-Organisationen in der Vergangenheit wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. Mit der zunehmenden Instrumentalisierung von Religion zum Zweck der Gewinnung, Ausübung oder des Erhalts politischer Macht ändert sich dies. Die Vermischung von politischen und religiösen Diskursen nimmt zu und religiöse Identitäten werden zum auslösenden oder verschärfenden Faktor sich gewaltsam zuspitzender Konflikte. Dies lässt sich sowohl innerhalb von Religionen feststellen (z.B. zwischen islamischen Gruppen) als auch zwischen Angehörigen unterschiedlichen Glaubens (z.B. Christen und Muslimen). Eine der Schlussfolgerungen im Workshop war daher, dass die Zunahme fundamentalistischer Tendenzen in Gesellschaften (Beharren auf politischer Durchsetzung religiöser Überzeugungen) oder sich polarisierender Beziehungen zwischen Angehörigen zweier Religionsgruppen einen genauen Blick auf die politischen, sozialen und ökonomischen Hintergründe erfordern.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Workshops nahmen auch die Ausführungen von Prof. Hock auf, dass religiöse Identitäten weder einheitlich sind noch direkt und unveränderlich aus Glaubensgrundsätzen abgeleitet werden können. Sie werden in sozialen Kontexten geprägt und können mal eher Werte der Freiheit und der offenen Gemeinschaft betonen, mal Vorstellungen der Unterwerfung unter Autoritäten und der Abgrenzung zu anderen Gruppen. Der Islam ist weder per se als Problem für gesellschaftlichen Wandel, noch als instrumenteller Hebel für soziale Veränderungen zu sehen. Für Konfliktanalysen bedeutet dies, im jeweiligen Kontext die spezifische Bedeutung von Religion für gesellschaftliche Stagnation oder Veränderung zu betrachten. Dies ist gerade in Gesellschaften wichtig, wo Menschen Entwicklung nicht nur „weltlich“ verstehen, sondern religiöse Überzeugungen ihr Handeln orientieren. Ein genauer Blick ist aber auf die Rolle nötig, die Vertreter und Vertreterinnen der institutionalisierten Religion bzw. von Netzwerken, die einen religiösen Diskurs führen, bei der Eskalation oder Transformation von Konflikten einnehmen.

FriEnt-Organisationen haben bisher in muslimisch geprägten Ländern nicht oder kaum zu spüren bekommen, dass ihre Arbeit deshalb abgelehnt wird, weil sie aus „dem Westen“ stammt. Die weltweit wahrnehmbare Tendenz zu einer dualistischen Gegenüberstellung von „Islam und Westen“ kann aber die zukünftigen Chancen für Zusammenarbeit verringern. Gerade deshalb braucht staatliche und nicht-staatliche Entwicklungskooperation sowohl auf der Ebene von Einzelprojekten wie der Gestaltung der Partnerbeziehungen besondere Sensibilität. Dazu gehört, dass einerseits in uns fremden Gesellschaften kulturelle und religiöse Traditionen, aber auch Diskussionen um deren Weiterentwicklung respektiert werden müssen. Andererseits muss genauso deutlich für die eigenen Überzeugungen eingetreten werden. Deutlich macht sich dies z.B. daran, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit als Mindestanforderungen an innergesellschaftliches und staatliches Handeln einzufordern. Glaubwürdig ist dies aber nur dann, wenn westliche Politik selbst diesen Ansprüchen genügt.

### **3.4. Neue Arbeitsansätze zum Aufbrechen von Veränderungsblockaden?**

Der Workshop spiegelte wider, dass es in allen FriEnt-Organisationen seit dem 11.9. interne Debatten darüber gibt, ob in Vergangenheit und Gegenwart auf die Herausforderungen in islamisch geprägten Regionen angemessen reagiert wurde. Dabei tauchte die Frage auf, ob die jeweils institutions-spezifischen Sichtweisen, Debatten und Zwänge das Aufspüren von Handlungsansätzen behindern, die in Zukunft den komplexen

Herausforderungen gerecht werden. Eine institutions-übergreifende Suche nach komplementären Handlungsansätzen scheint notwendig, um die jeweiligen institutionellen Stärken und Zugänge zu unterschiedlichen Akteuren für die Bearbeitung der Konfliktsachen zu nutzen.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass Veränderungsprozesse, intensivere Konsultationen und Absprachen in den Institutionen der deutschen EZ und in der Außenpolitik ihre Zeit brauchen, bis sie umgesetzt werden. So sind zwar erste Such- und Anpassungsprozesse angelaufen („Islambeobachter“ des AA, ATP-Mittel, Forschungsaufträge des BMZ, Eigenmaßnahmen und überregionale Projekte der GTZ, Programme kirchlicher Hilfswerke zu Beziehungen zwischen Religionsgruppen, etc.), aber sie sind für das Aufbrechen von Veränderungsblockaden in der politischen Kultur der islamischen Länder noch zu zaghaft, vereinzelt und kurzfristig. Aufgrund der relativ kurzen Zeitspanne ist es schwierig, bereits Aussagen zu ihren Wirkungen zu treffen, geschweige denn sie als Erfolg oder Misserfolg zu bewerten. Von den Teilnehmern des Workshops wurde angemerkt, dass die Entwicklung von Prozessindikatoren hilfreich sein könne, um z.B. Veränderungen in der politischen Landschaft und Kultur zu erfassen.

Aufgrund der Äußerung einer Teilnehmerin rückte die Beschäftigung mit den von Prof. Jammal angesprochenen situativ richtigen Interaktionsstrategien (Vermeidung, Anpassung, Konfrontation, Aushandlung) in den Vordergrund der Plenumsdiskussion. Sie hinterfragte, ob die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik der letzten 30 Jahre nicht vor allem der Strategie der „Vermeidung“ gefolgt sei. Trotz gravierender Verletzungen rechtsstaatlicher Prinzipien und der Menschenrechte in vielen Ländern des Nahen Ostens sei westlicher Druck auf „befreundete Regime“ halbherzig geblieben. Vielfältige und zunehmende westliche Angebote zur Unterstützung von Reforminitiativen für den arabisch-muslimischen Raum können auch in Zukunft keinen Beitrag zum Aufbruch der tieferliegenden politischen Entwicklungsblockaden leisten, wenn derartige Programme nicht auch mit einer politischen Strategie der „Konfrontation“ und „Aushandlung“ im Umgang mit den Regimes der Region kombiniert werden. Eine kritische Überprüfung bisheriger Strategien wurde empfohlen, die u.U. auch eine Konditionalisierung der Zusammenarbeit oder - im schlimmsten Fall - sogar des temporären Abbruchs der Kooperation zur Folge haben müsse.

## **4. Fazit**

### **4.1. Handlungsbedarf und nächste Schritte?**

Welche Handlungsansätze brauchen wir, um politische Blockaden aufzubrechen und Konflikt- und Gewaltpotential abzubauen? Welche Voraussetzungen müssen vorliegen, damit wir mit diesen Ansätzen im arabisch-islamischen Raum glaubwürdig erscheinen? Diese Fragen rückten in der abschließenden Plenumsdiskussion in den Vordergrund.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen sahen die Notwendigkeit, die Zielsetzungen deutscher EZ für den arabisch-islamischen Raum und die Leitbilder für Entwicklungszusammenarbeit gegenüber Regierungen und der Bevölkerung im islamischen Kulturraum offensiv darzustellen und zu diskutieren. Dies setzt allerdings voraus, dass wir unsere eigene „westliche“ Wertebasis bewusst benennen können und bereit sind, sie zu hinterfragen und hinterfragen zu lassen. Wenn gleiche Maßstäbe angelegt und angewandt

werden, kann politischer Dialog glaubwürdig und der häufig zu hörende Vorwurf der doppelten Standards überwunden werden.

Für die Diskussionen in und zwischen den FriEnt-Organisationen muss herausgefunden werden, welche Handlungsansätze für den friedlichen Abbau politischer Blockaden und die Beseitigung sozio-ökonomischer Ungleichheit geeignet sind. Entwicklungszusammenarbeit muss sich dabei auch fragen, ob sie sich bisher in ihren Analysen zu sehr auf die Identifizierung von Entwicklungsdefiziten konzentriert hat und dabei Gefahr gelaufen ist, bei ihren Partnern in den Ländern Gefühle von Ohnmacht und kultureller Demütigung zu verstärken. In Zukunft sollte das Augenmerk stärker auf die Wahrnehmung von in Gesellschaften vorhandenem und zukunftsweisenden „Potential“ gerichtet werden - selbst dann, wenn deren derzeit sichtbare Äußerungsformen gering sind oder unseren Vorstellungen nur ansatz- oder teilweise entsprechen.

Eine wesentliche Voraussetzung für einen partnerschaftlichen Dialog auf gleicher Augenhöhe und ohne kulturhegemonistische Ansprüche sind kenntnisreiche Mittler auf beiden Seiten. Dies erfordert die Identifizierung und Einbeziehung dieser Personen und die Qualifizierung des vorhandenen Personals für eine kultur- und konfliktsensible EZ.

Durch alle Arbeitsgruppen zogen sich zwei, mit einander in Verbindung stehende Fragen. Die eine bezog sich darauf, wie deutlich Entwicklungspolitik auf Reformprozesse und konstruktive Konfliktbearbeitung in repressiven und autoritären Systemen drängen kann. Die andere richtete sich an entwicklungspolitische Organisationen und Projekte: Wie offensiv suchen und führen sie den Dialog zu unbequemen und gesellschaftspolitisch sensiblen Themen wie z.B. der Einhaltung der Menschenrechte, dem Aufbau oder der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien, der Notwendigkeit demokratischer Kontrolle des Sicherheitssektors oder zur tatsächlichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beteiligung von Frauen?

Vorschläge für gemeinsamen Klärungsbedarf aller Organisationen in FriEnt zielten in drei Richtungen. „Blinde Flecken“ existieren vor allem zur Entwicklung und Einschätzung von Wirkungsketten, die angesichts komplexer Konfliktkonstellationen die Schritte verdeutlichen, die Entwicklungsblockaden auflösen und reformbereite Akteure stärken. Wenn mehr Wissen oder zumindest überprüfbare Hypothesen zu diesen Wirkungszusammenhängen existieren würden, könnten die Chancen und die Nützlichkeit des komplementären Handelns der FriEnt-Organisationen deutlicher werden. Dies erfordert - im zweiten Schritt - flexiblere und angepasste Analyseinstrumente. Dazu können Akteursanalysen gehören, die gerade in einem Umfeld mit „blinden Flecken“ und „wenig bekanntem Potential“ Handlungsperspektiven erarbeiten. Für eine zwischen den FriEnt-Organisationen komplementär ausgerichtete Zusammenarbeit ist der Austausch von Erfahrungen (lessons learned, good and worst practices) wichtig und ein Schritt zu einem gemeinsamen Wissensmanagement.

#### **4.2. Bewertung durch die TeilnehmerInnen**

Die Auswertung des Workshops verdeutlichte, dass der inhaltliche Input der drei Referenten den TeilnehmerInnen wichtige Hinweise für die weitere Behandlung des Themas in ihren Organisationen geboten hat. Die Arbeit in den Arbeitsgruppen und im Plenum bot eine Plattform für eine offene und kritische Diskussion zentraler Fragen zum Thema. Positiv wurde dabei vor allem hervorgehoben, dass diese Offenheit Einblicke in die an-

deren FriEnt-Organisationen erlaubte und es so ermöglichte, über die eigenen, institutionsspezifischen Diskussionsgrenzen hinauszugucken.

Kritisch wurde von vielen angemerkt, dass wenig Zeit für den Austausch zwischen den TeilnehmerInnen und die Erarbeitung konkreter Vorschläge für die zukünftige Zusammenarbeit der FriEnt-Organisationen vorhanden war. Eine Teilnehmerin verwies auf die Notwendigkeit, in Zukunft eine größere aktive Beteiligung der Umsetzungsebene - konkret: der Länderabteilungen des BMZ und des AA - zu erreichen, um z.B. auch in der Abstimmung zwischen internationalen Organisationen weiter zu kommen.

Trotz der Begrenzungen eines eintägigen Workshops wurden wichtige Erfahrungen für die Weiterarbeit am Thema und zur interinstitutionellen Weiterarbeit in FriEnt festgestellt. Dazu gehörte, dass der Begriff „islamische geprägte Länder“ angesichts der Heterogenität der gesellschaftlichen Umbruchprozesse und der vielfältigen Konfliktkonstellationen im Nahen Osten, Afrika und Asiens weder hilfreich noch weiterführend ist. Entweder ist eine Fokussierung auf bestimmte Regionen oder Länder nötig (und der Islam dabei einer von vielen zu betrachtenden Faktoren) oder auf thematischen Fragestellungen, z.B. zum politisch-religiösen Fundamentalismus als gewalteskalierendem Faktor oder zur politischen Nutzung von religiösen, ethnischen oder kulturellen Identitäten zur Konfliktverschärfung.

Die Diskussion im Workshop zeigte auch, dass in allen FriEnt-Organisationen noch keine Klarheit darüber besteht, wie mit der explosiven Mischung aus tiefgehenden Entwicklungsblockaden einerseits und Konfliktkonstellationen mit hohem Gewaltpotential andererseits entwicklungspolitisch umgegangen werden kann. Diese Zusammenhänge müssen stärker durchleuchtet und Erfahrungen ausgewertet werden, um die Chancen komplementären Handelns und gemeinsamer Perspektiven erkennen zu können.

Welche Signale Entwicklungszusammenarbeit und -politik setzen kann, um Spannungen mit dem arabisch-islamischen Raum abzubauen, muss ebenfalls weiter diskutiert werden. Die Zielrichtung und Leitbilder der EZ im islamischen Kulturraum, die Kultur des Umgangs miteinander und die Formen der Zusammenarbeit müssen überprüft und mit Akteuren aus der Region diskutiert werden. Konventionelle Formen des Politikdialogs und der Zusammenarbeit mit Partnern und Zielgruppen bergen ganz offensichtlich die Gefahr, die Wahrnehmung ungleicher Beziehungen, der Abhängigkeit und kultureller Demütigung zu verstärken. Sie können unwillentlich zu Verschärfung von vorhandenen Feindbildern und latenten Konflikten führen. Die Suche nach situativ geeigneten Interaktionsstrategien ist damit eine der wesentlichen Herausforderungen für die EZ.

Für zukünftige Workshops sollten konkrete Erfahrungen zum Aufbrechen und Abbau politischer Blockaden und sozio-ökonomischer Ungleichheit ausgewertet werden. Weiterführende Diskussionen setzen auch die aktive Beteiligung von Akteuren voraus, die außerhalb des entwicklungspolitischen Bereichs tätig sind, einschließlich der Politik und der Umsetzungsebene im AA oder anderen Bundesministerien.

### **Zusammenfassung**

Seit die islamische Welt in der Öffentlichkeit als Krisenregion und internationales Sicherheitsrisiko wahrgenommen wird, richten sich viele Fragen an entwicklungspolitische Institutionen. Sehen sie den Islam als zentralen Faktor für gesellschaftliche Veränderungsblockaden und die Eskalation politischer Auseinandersetzungen? Müssen sie ihre Zusammenarbeit mit Akteuren in der islamisch geprägten Welt grundsätzlich überprüfen? Brauchen sie einen anderen Blick auf die Nord-Süd-Beziehungen und auf Religion und Kultur, damit im islamischen Raum vorhandenes Konfliktpotential nicht unwillentlich verstärkt wird?

In den letzten zwei bis drei Jahren ist bei allen Vertragspartnern von FriEnt zu beobachten, dass sie über diese Fragen und den Beitrag ihrer Organisationen zu Entwicklungsprozessen in Gesellschaften mit überwiegend islamischer oder multi-religiöser Bevölkerung intensiv nachdenken. Ziel des FriEnt-Workshops „WEITER WIE BISHER? BLINDE FLECKEN? DO-NO-HARM - KONTINUITÄT ODER KURSKORREKTUR IN DER ZUSAMMENARBEIT MIT ISLAMISCH GEPRÄGTEN LÄNDERN?“ (17.2.2004) war es, sich gegenseitig über diese Diskussionen zu informieren und Referenzpunkte für die Entwicklungszusammenarbeit zu finden, um angemessen auf Konflikte in diesen Gesellschaften und zwischen „Islam und Westen“ zu reagieren.

Der Workshop zeigte, dass die Erarbeitung eines entwicklungs- und friedenspolitischen Konzeptes „für die islamische Welt“ wenig Sinn macht. Zu heterogen sind die Situationen und Konflikte im Nahen Osten und in den Teilen Afrikas und Asiens mit muslimischer Bevölkerung, um sie unter dem Blickwinkel der „islamischen Prägung“ gemeinsam zu betrachten. Wie bisher müssen die FriEnt-Vertragspartner die Vielfalt politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Ausgangssituationen beachten, um in ihren Partnerbeziehungen und mit ihren Instrumenten den Entwicklungschancen, aber auch den Folgen von politischen und sozio-ökonomischen Zerrüttungen in einzelnen Ländern oder Regionen gerecht zu werden.

Ein selbstzufriedenes Plädoyer für die Kontinuität der derzeitigen Ansätze der FriEnt-Mitglieder war mit dieser Feststellung nicht verbunden. An den politischen Ereignissen in arabischen Ländern, dem sich islamisch und anti-westlich darstellenden Terrorismus und der Zunahme lokaler Auseinandersetzungen entlang religiös-kultureller Konfliktlinien sind bisherige Wahrnehmungsblockaden deutlich geworden. Je nach Institution werden sie mal stärker in der unzureichenden Berücksichtigung politischer Konfliktkonstellationen gesehen, mal in der Vernachlässigung von Kultur und Religion bei der Analyse gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Kurskorrekturen sind nötig, so zeigte die FriEnt-Veranstaltung. Programmprioritäten, die Auswahl von Kooperationspartnern und die Kultur der Zusammenarbeit müssen auf den Prüfstand, wenn der innere Umbruch von Gesellschaften in der Folge von Entwicklungsprozessen als Konfliktauslöser gesehen wird. Eine differenzierte Betrachtung dieser Vorgänge schließt ein, dass auch die Vielfalt und Dynamik der Zusammenhänge zwischen religiös-kultureller Identitätsbildung und politischem Handeln betrachtet werden müssen. Da „der Islam“ so wenig existiert wie „der Westen“, muss eine konfliktsensible Entwicklungszusammenarbeit ihren Blick auch den Verbindungen zwischen Kultur, Religion(en) und der gewaltsamen bzw. friedlichen Lösung von Konflikten zuwenden.

Liste der Workshop-Teilnehmer und -Teilnehmerinnen
--

Organisation	Name	Funktion
	Dr. Jochen Hippler	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr. Klaus Hock	Universität Rostock
	Prof. Dr. Elias Jammal	Fachhochschule Heilbronn
BMZ	Dr. Gabriele Geier	RL 211 / Governance, Demokratie, Frauen- und Menschenrechte
BMZ	Gudrun Graichen-Drück	RL 321 / Westafrika
BMZ	Antje Grawe	Ref. 204 / Afghanistan, Bangladesh, Pakistan
BMZ	Adolf Kloke-Lesch	UAL 21 / Frieden und Demokratie; Menschenrechte; Vereinte Nationen
BMZ	Dr. Ralf M. Mohs	RL 204 / Afghanistan, Bangladesh, Pakistan
BMZ	Horst Posselt	RL 324 / Mittelmeer, Maghreb
BMZ	Kerstin Sieverdingbeck	Ref. 211 / Governance; Demokratie; Frauen- und Menschenrechte
BMZ / GTZ	Dr. Bernhard Trautner	Ref. 325 / Regionale Entwicklungspolitik, Naher Osten
EED	Katja Hansen	Referat Afrika I
EED	Dr. Wolfgang Heinrich	Arbeitsstelle Frieden und Konflikt
EED	Heiner Knauss	RL Süd-Ost- und Ost-Asien
EED	Jürgen Reichel	RL Entwicklungspolitischer Dialog
EED	Dr. Manfred Wadehn	FIM Finanzielle Förderung
EED	Jutta Werdes	Referat Süd- und Mittel-Asien
FES	Dr. Ludgera Klemp	Referat Östl. Afrika
FES	Hajo Lanz	Referat Naher Osten / Maghreb
GTZ	Dr. Alberto Camacho	Regionalabtl. Nah- und Mittelost
GTZ	Marion Fischer	Bereich Afrika / Eigenmaßnahme „Islam und TZ in Afrika“
GTZ	Elvira Ganter	Sektorvorhaben „Gender“
GTZ	Petra Müller-Glodde	Regionalabtl. Nah- und Mittelost
GTZ	Armin K. Nolting	SV „Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“
GTZ	Anja Söger	Bereich Afrika / Eigenmaßnahme „Islam und TZ in Afrika“
Konsort. ZFD	Claudia Frank	Kurve Wustrow, Ref. für Friedensfragen
Misereor	Birgit Felleisen	Fachreferentin Frieden und ziv. Konfliktbearbeitung
Misereor	Dr. Maria Haarmann	Afrika-Abt., Länderref. Nahost
Misereor	Vincent Neussl	Afrika-Abt., Länderref. Nigeria
Plattform	Dr. Noha El-Mikawy	Zentrum für Entwicklungsforschung, Universität Bonn
FriEnt	Bodo v. Borries	Vertreter des Konsortium Ziviler Friedensdienst im FriEnt-Team
FriEnt	Katharina Hübner-Schmid	Vertreterin der GTZ im FriEnt-Team
FriEnt	Wolfgang Kaiser	Vertreter des EED im FriEnt-Team
FriEnt	Brigitte Kirschner	FriEnt-Sekretariat
FriEnt	Katrin Matschke	Vertreterin der FNS im FriEnt-Team
FriEnt	Angelika Spelten	Vertreterin der Plattform ZKB im FriEnt-Team

# Anhang

## Anhang 1

## „Westliche Dominanz oder innerstaatliche Konflikte“ – Gesellschaftliche Vielfalt im islamischen Raum und inter-kulturelle Missverständnisse

Prof. Dr. phil. Elias Jammal (Fachhochschule Heilbronn)

1. Vorbemerkung
2. Welche Spannungen resultieren in islamischen Gesellschaften aus Notwendigkeiten zur Akzeptanz von Pluralität, welche aus Tendenzen zur Uniformisierung von Kultur?
3. Welche Erwartungen habe ich an deutsche EZ? Sind Weichen für einen „inter-kulturellen Dialog“ im islamischen Raum und in Deutschland richtig gestellt?

### 1. Vorbemerkung

So unterschiedlich wie die geographischen Gegebenheiten des arabisch-islamischen Raumes<sup>1</sup> sind (Wüsten, Steppen, Wälder, Gebirgslandschaften und wieder Wüsten...), so unterschiedlich sollte man sich auch die Varianten im soziokulturellen Bereich vorstellen. Die Vorstellung von einem homogenen Gebilde genannt „arabisch-islamischer Raum“ ist leider weit verbreitet. Diese Homogenitätstheorie ermöglicht stereotypische Vorstellungen und verhindert eine halbwegs angemessene Deutung soziokultureller Phänomene.<sup>2</sup>

Kulturen sind - davon wird hier ausgegangen - **polyphone (mehrstimmige) Gebilde** sind; viele ihre Einzelbestandteile und Indikatoren sind **disharmonisch**. Nicht allein die Identifikation der einzelnen kulturellen „Stimmen“ (je nach Ansatz als Lebenswelten oder als Handlungs- und Bedeutung- bzw. Sinnsysteme aufzufassen) ermöglicht das Kulturverstehen. Erst durch das Verstehen der Beziehungen zwischen den kulturellen „Stimmen“ erschließt sich eine Kultur. Es ist zum einen eher die Regel, dass dominante Handlungs- und Bedeutungssysteme Mischformen aufweisen. Zum anderen fällt die Antwort auf die Frage nach dem dominanten System je nach Kontext anders aus. Für manche Soziologen und Politologen mag sich die Dominanz vornehmlich daran zeigen, welche Werte und Normen sich institutionell<sup>3</sup> verankert haben (oder in ihnen geronnen sind).

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass Differenzen zur kulturellen „Normalität“ gehören, bzw. dass Differenzen das Phänomen der Kultur erst konstituieren: Sowohl in Bezug auf das, was Sozialpsychologen In- und Outgroups nennen als auch in Bezug auf kulturelle Systeme bzw. Subsysteme in sich.

<sup>1</sup> Der geographische Bogen spannt sich in Nordafrika von Mauretanien im Westen bis zum Sudan im Osten (Teilregionen I + II), umfasst die gesamte arabische Halbinsel mit der „Wiege des Islams“ Saudi-Arabien (Teilregion III) und erstreckt sich noch auf den asiatischen Kontinent bis zum Irak im Osten und Syrien im Westen (Der Nahe Osten: Teilregion IV).

<sup>2</sup> Einfaches Beispiel: Will man sich dem Phänomen der Rollenaufteilung zwischen Frauen und Männern in arabisch-islamischen Ländern nähern, so reicht es nicht aus, allein die sprachliche Grenzmarkierung zu betrachten (Im Unterschied zu anderen Sprachen, wie zur Sprache der Javaner, kann eine Überbetonung von Genusunterschieden in der arabischen Sprache festgestellt werden. Man kann, so Geertz, eine „ontologische Mauer zwischen der männlichen und weiblichen Hälfte [der] Bevölkerung ...“ feststellen). Wenn die sprachliche Grenzmarkierung hingegen im Zusammenspiel mit dem Phänomen der mütterlichen Hoheit in vielen Aspekten des arabischen Familienlebens gesehen wird, dann zeigt sich ein differenzierteres Bild der unterschiedlichen Rollen (vgl. Geertz 1997, S. 58).

<sup>3</sup> Ich verwende den Begriff „Institution“ im weiten soziologischen Sinne, womit er Familien, Fakultäten, Behörden, Unternehmen etc. umfasst.



## 2. Welche Spannungen resultieren in islamischen Gesellschaften aus Notwendigkeiten zur Akzeptanz von Pluralität, welche aus Tendenzen zur Uniformisierung von Kultur?

Generell gesehen, ergeben sich beide Typen von Spannungen daraus, welche Handlungs- und Bedeutungssysteme in welchen Verhältnissen zu anderen konkurrierenden Handlungs- und Bedeutungssystemen dominant (geworden) sind.

*Beispiel Syrien (Teilregion IV):* Innerhalb der letzten Jahre verschwanden die übergroßen „Führerbilder“ aus den Straßen der Hauptstadt Damaskus, die Beamten der Staatsbürokratie sind nun an privaten Unternehmen in erheblichem Maße beteiligt, das Internet ist frei zugänglich, eine überaus starke Elite gebildeter Syrer verlangt nach mehr Freiheit und findet mehr Gehör bei dem jetzigen Machthaber Bashar El-Assad, als bei dessen Vater, dem einst übermächtigen Hafez El-Assad. Die Bemühungen syrischer Unternehmen, die Vorgaben von ISO-Normen zu erfüllen, um ihre Produkte in Europa absetzen zu können, sind erkennbar und sie bringen Spannungen mit sich: Viele Institutionen sind von den neuen Anforderungen noch nicht durchdrungen und verhindern die Marktöffnung. Des weiteren: Die Gesellschaft - vor allem in Damaskus - hat sich weiter differenziert: Es sind neue, zum Teil sich krass widersprechende „Lebenswelten“ (kulturelle Polyphonie) entstanden, in denen ein „westlicher“ Ethos sich auf eigenartige Weise mit einem syrischen Ethos vermischt (beruflich wie auch privat). Im unternehmerischen-wirtschaftlichen Kontext ist ein regelrechter Kampf zwischen Pluralität und Planwirtschaft im Gange.

Diese spezifische Differenzierung der Gesellschaft scheint eine gewisse Orientierungslosigkeit mit sich zu bringen, das Urbedürfnis nach Homogenität (Uniformisierung) wachzurufen und Bestrebungen zur Rückbesinnung auf die „Tradition“ zu verstärken. Allerdings sind es auch ökonomische Notwendigkeiten und Interessen, die Pluralität mit sich bringen. Es sind also nicht nur die (im engen Sinne) kulturellen Faktoren dafür verantwortlich, welche Lebenswelten vorhanden sind und wie Konflikte ausgetragen werden. Es sind auch handfeste Interessen und Ziele, die maßgeblich die Intensität von Spannungen und mithin die Entstehung von Konflikten beeinflussen.<sup>1</sup> Senghaas zufolge fördern Modernisierungsprozesse die Pluralisierung, sie richten sich gegen die Tradition und fordern den Umbau herkömmlicher Gesellschaften.<sup>2</sup>

**These:** *Um die Ursachen von Spannungen in so genannten islamischen Gesellschaften zu verstehen, reicht es nicht aus, allein kulturelle Faktoren in den Blick zu nehmen. Es sind nämlich auch handfeste Interessen, die oft entscheidend dafür sind, welche Handlungs- und Bedeutungssysteme dominant sind (oder dominant werden können) im Verhältnis zu anderen, mit ihnen konkurrierenden Handlungs- und Bedeutungssystemen. Dabei ist zu beachten, dass dominante Handlungs- und Bedeutungssysteme a) meistens Mischformen aufweisen, b) kontextabhängig und c) stets Ergebnisse von langjährigen - nicht immer gewaltfreien - Vermittlungsprozessen sind.*

## 3. Welche Erwartungen habe ich an deutsche EZ? Sind Weichen für einen „interkulturellen Dialog“ im islamischen Raum und in Deutschland richtig gestellt?

Zunächst Grundsätzliches: Man kann vier idealtypische Strategien in der Akkulturation von Auslandsentsandten identifizieren: *Vermeidung* (aus dem Weg gehen), *Konfrontation* (demonstratives Entgegenreten mit dem Bestreben, eigene Verhaltensweisen, Überzeugungen etc. zur Geltung zu bringen), *Adaption* (Verhaltensanpassung an die Gastlandkultur) und *Aushandlung* (Prozesse der Kompromissfindung: Eine Art „Dritte Kultur“ wird angestrebt!). Diese Typologie

<sup>1</sup> Isaiah Berlins Unterscheidung zwischen positiver und negativer Freiheit ist in diesem Zusammenhang hilfreich (vgl. Jammal 2004).

<sup>2</sup> Vgl. Bonacker 2002.

entsteht durch eine Kategorisierung des Verhaltens nach den zwei Variablen „Lehren“ und „Lernen“ (vgl. Jammal 2003):

Lehrorientierung	hoch	<b>Konfrontation</b>	<b>Aushandlung</b>
	niedrig	<b>Vermeidung</b>	<b>Adaption</b>
		niedrig	hoch
		<b>Lernorientierung</b>	

Wie mir scheint, wird in der EZ eher die Adaptionstrategie favorisiert (Auslandsentsandte sollten sich anpassen) und Konfrontation sowie Aushandlung mit dem Argument eher abgelehnt, sie seien konfliktiv.

Nun ist es gewiss wahr, dass die Überbetonung von grundsätzlichen Differenzprinzipien zur Fremdgruppe für eine gute Zusammenarbeit abträglich ist. So wäre es sicherlich nicht fruchtbar, wenn man bei jeder Gelegenheit die Counterparts auf die Notwendigkeit weiterer demokratischer Reformen in den arabisch-islamischen Ländern hinweisen würde.

Jedoch muss eingestanden werden, dass eigene Überzeugungen etc. nicht einfach über Bord geworfen werden können und sollen. In der Aushandlungsstrategie beispielsweise kann es eben in bestimmten Konstellationen unweigerlich zur Konfrontation kommen. Auch darf nicht verschwiegen werden, dass sowohl die Konfrontations- als auch die Vermeidungsstrategie - in der richtigen Mischung bzw. Dosierung - je nach Situation im Sinne der Zielerreichung effektiver als die Adaption sein können und obendrein sich besser zur Stressbewältigung eignen können („Coping“).<sup>1</sup> Eine Tabuisierung der Vermeidungs- und Konfrontationsstrategien kann also nicht angebracht sein. Differenzen stellen eben keine Ausnahmeerscheinungen dar und ein kultureller Wandel ohne Konflikte bildet eher die Ausnahme (vgl. Bonacker 2002).

**These:** *Wird Nachhaltigkeit angestrebt, so darf es in kulturellen Überschneidungssituationen nicht allein um einseitige Adaption gehen. Wer Nachhaltigkeit fordert, muss auf die situativ richtige Mischung bzw. auf die jeweils angemessene Dosierung der vier Strategien der **Adaption, Aushandlung, Konfrontation und Vermeidung** setzen. Dies gilt sowohl für Auslandseinsätze als auch für Maßnahmen des so genannten interkulturellen Dialogs.*

#### Zitierte Literatur

- Bonacker, T. (Hrsg.) (2002): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Opladen  
 Geertz, C. (1997): Der Ethnologe und das Entgleiten der Fakten. München  
 Jammal, E. (2003): Kulturelle Befangenheit und Anpassung. Deutsche Auslandsentsandte in arabisch-islamischen Ländern. Wiesbaden  
 Jammal, E. (2004): Fremdwahrnehmung und Handlungsfreiheit. Auslandseinsätze in arabisch-islamischen Ländern (erscheint in Hauff/Vogt Mitte 2004)  
 Lazarus, R. S. (1999): Stress and Emotion. A New Synthesis. Berlin / Heidelberg  
 Lepsius, M. R. (1996): Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien. In Göhler, G. (Hrsg.) Institutionenwandel. LEVIATHAN. Sonderheft 16/1996. Westdeutscher Verlag: Opladen. S. 57-69

<sup>1</sup> Gerade in kulturellen Überschneidungssituationen ist diese Fähigkeit des „Coping“ sehr wichtig (vgl. Lazarus 1999).

## Anhang 2

Prof. Dr. Klaus Hock  
Religionsgeschichte - Religion und Gesellschaft  
Universität Rostock

## Konflikteskalation durch Islam und Christentum

### Religiöse Identitäten in Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Veränderung

#### 0. Rätsel "Religion"

Bemühungen, eine eindeutige Definition von Religion zu geben, führen ebenso in die Sackgasse wie Versuche, in Religion lediglich ein "irrationales" Phänomen zu sehen. Dies hat auch Folgen für die Frage, was wir unter "religiösen Identitäten" verstehen.

#### 1. Religion als Identitätsgrundlage oder Funktionalisierung von Religion?

- 1.1. Sowohl *auf der Wahrnehmungsebene* als auch *auf inhaltlich-konkreter Ebene* ist eine Zunahme der religiösen Prägung von Konflikten feststellbar. Darin spiegelt sich nicht zuletzt auch das Scheitern "innerweltlicher Heilsversprechen". Die zunehmende Bedeutung des religiösen Faktors führt dazu, dass komplexe Sachverhalte im Kontext von Unterentwicklung und Konflikten auf "Religion" reduziert werden: Das Politische wird spiritualisiert und nur noch in religiöser Nomenklatur erfasst.
- 1.2. Nach dem *primordialistischen Modell* liegen in religiösen Wahrheitsansprüchen nicht verhandelbare Werte, nach dem *funktionalistischen Modell* werden religiöse Identitäten und Traditionen lediglich für politische Zwecke genutzt. Beide Antworten treffen in ihrer jeweiligen Einseitigkeit den Sachverhalt allerdings recht ungenau. Statt dessen müssten im Mittelpunkt der Betrachtung jene Diskurse stehen, die religiöse Identitäten begründen und diese Identitäten in der rituellen Praxis konkret werden lassen. Hierdurch wird nämlich "Religion" zu einer eigenständigen Macht, die auch in den politischen Bereich wirkt: Je nach sozialer Kontextualisierung kann sie Gewalt oder Konfliktlösungen wie auch gesellschaftliche Veränderungen oder Stagnation begründen.

#### 2. Religion und Wandel

- 2.1. Heilige Schriften, Traditionsbildung und aktuelle Erfahrungen bilden ein Reservoir für Diskurse, mit denen die religiösen Identitäten wie auch die wechselseitigen Wahrnehmungen mit- und gegeneinander konstruiert werden. "Der" Islam existiert ebenso wenig wie "das" Christentum; es gibt keine "Blaupause" christlicher Wahrnehmung des Islams und umgekehrt.
- 2.2. Das Verhältnis zwischen institutionalisierter Religion (Kirche, Bruderschaften, ...) und ("nicht-offizieller", "volksreligiöser") Religionskultur stellt sich in Islam und Christentum äußerst unterschiedlich dar: Da der Islam keine "Kirche" kennt, gestaltet sich die Suche nach möglichen (Kooperations- bzw. Dialog-)Partnern im islamischen Kontext äußerst schwierig. Selbst Kriterien wie Repräsentativität und Autorität sind in diesem Zusammenhang nur bedingt hilfreich, geeignete Instanzen gemeinsamer Entwicklungszusammenarbeit oder Konfliktbearbeitung zu identifizieren.
- 2.3. Die besondere Dynamik des Verhältnisses von Religion, Staat und Gesellschaft in islamisch geprägten Ländern bringt es mit sich, dass Religion weitgehend ungeregelt im politischen Bereich zur Wirkung kommt. Die Frage, unter welchen Bedingungen Religion ein Hindernis oder eine Chance für den Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen

darstellt, ist zu überführen in die Frage, welche Interessen sich in jenen Diskursen manifestieren, die religiöse Identitätsbildung, rituelle Praxis und politisches Handeln miteinander in Beziehung setzen: Wer tut dies wie - und mit welchem Ziel?

### **3. Erwartungen an die EZ**

- 3.1. EZ muss "Religion(en)" endlich ernst nehmen - nicht als primordiale Einheiten verklärt oder als funktionales "Beiwerk" weg-erklärt, sondern als Identität stiftende und Wirklichkeiten schaffende, geschichtsmächtige Diskurse.
- 3.2. EZ-Agenturen können, sollen und dürfen den inter-religiösen/inter-kulturellen Dialog nicht selbst führen, wohl aber Plattformen für entsprechende Initiativen bereit stellen und die vielfach vorhandene Expertise nutzen.
- 3.3. EZ sollte sich davor hüten, einem religiös determinierten Kulturalismus das Wort zu reden; das Diktum von der "islamischen Prägung" als "Sonderkategorie im Nord-Süd-Verhältnis" birgt Chancen wie auch Gefahren in sich: Was als heuristische Kategorie für die Analyse erhellend sein mag, darf nicht als interpretative Kategorie Erklärungsmodellen den Weg bereiten, die "der Religion" eine Eigentlichkeit zusprechen und sie dadurch aus ihrer sozialen Kontextualisierung lösen.
- 3.4. EZ bedeutet auch: Intervention. Diese wird sich im Blick auf die Frage nach der Bedeutung der Religion für gesellschaftliche Veränderungen auch als "Kritik des religiösen Diskurses" (Abu Zaid) äußern müssen. EZ-Agenturen (staatliche, kirchliche, Parteistiftungen) haben dabei in besonders verantwortungsvoller Weise und auf der Grundlage ihrer jeweiligen Kompetenzen und Handlungsfelder auszuleuchten, wie die Potentiale von Religion als verändernder Kraft für Frieden und Entwicklung zur Geltung gebracht werden können.

## Anhang 3 (Arbeitsgruppe 1)

## **Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Region des Nahen / Mittleren Ostens und Nordafrikas**

Andrä Gärber (Vorlage, 27.08.2003)

Hajo Lanz (Adaption, 17.02.2004)

### **1. Rahmenbedingungen in der Region**

Schon nach dem 2. Golfkrieg 1991 waren sich die Experten weitgehend einig, dass die Araber und der islamische Neo-Fundamentalismus - besser der (gewaltbereite) Islamismus - die Russen und den Kommunismus als Feindbilder des Westens abgelöst haben.

Auf den ersten Blick scheinen diese Länder in sprachlicher, kultureller und religiöser Hinsicht sehr homogen zu sein. Auch hinsichtlich der zentralen Entwicklungsdefizite der arabisch-islamischen Welt wurden im jüngsten *Arab Human Development Report* des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der von arabischen Fachleuten erstellt wurde, große Gemeinsamkeiten identifiziert. Die arabisch-islamische Welt weist den weltweit geringsten Freiheitsgrad an bürgerlichen und politischen Menschenrechten auf. In der arabisch-islamischen Welt ist die weltweit geringste Berücksichtigung der Frauen im Hinblick auf ihre politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Beteiligung festzustellen. Und nicht zuletzt ist die arabisch-islamische Welt weltweit eine der am wenigsten in die Weltinformationsgesellschaft, Weltpolitik und Weltwirtschaft integrierten Regionen.

Die Länder der arabisch-islamischen Welt sind auch zweifelsohne historisch eng miteinander verflochten und laden förmlich zur stereotypen Beschreibung ein. Dennoch verbietet es die Einkommens-, Vermögens- und Entwicklungsschere, die sich in dieser Region extrem weit öffnet, mit Stereotypen die Situation in der arabisch-islamischen Welt erklären zu wollen. Die äußerst heterogenen politischen Systeme der Länder dieser vergleichsweise konfliktautonomen Region zwingen vielmehr zu einer differenzierten Beschreibung der politischen Lage.

Tiefgreifende Unterschiede manifestieren sich beispielhaft im Umgang der einzelnen Länder in der Region mit dem Phänomen des (gewaltbereiten) Islamismus.

Die Ereignisse vom 11. September waren Wasser auf die Mühlen der autoritären Präsidentialregime: Algerien, Tunesien, Ägypten und Syrien, die schon seit langer Zeit ein hartes Vorgehen gegen die Islamisten predigen. Sie sehen sich in ihrer Position gestärkt und profitieren von der gegenwärtigen "Sicherheitskonjunktur". Die Zeiten, in denen die Kritik der europäischen Regierungen wegen der Menschenrechtsfragen im Vordergrund stand, scheinen vorüber zu sein.

Im Gegensatz zu den autoritären Präsidentialregimen ist es der offenen, reformorientierten, aber kapitalarmen Monarchie Jordanien durchaus gelungen, die islamistische Bewegung in den politischen Prozess zu integrieren und nicht zu stigmatisieren oder gar zu marginalisieren. Ähnliches gilt auch für die Monarchie Marokkos seit der Machtübernahme Mohammed VI. In beiden Monarchien setzt man darauf, die islamistische Bewegung durch die Mitarbeit in der jeweiligen Regierung und die Teilnahme an der parlamentarischen Arbeit einzubinden und damit zu entzaubern. Auch dem gewaltbereiten Zweig der islamistischen Bewegungen wurde dadurch die Legitimationsbasis erfolgreich entzogen. Beide Königshäuser bieten den Islamisten wegen ihrer direkten Abstammungslinie bis zum Propheten Mohammad auch wenig Angriffsfläche.

Ganz anders stellt sich die Situation auf der arabischen Halbinsel für die kapitalreichen Erdölmonarchien, die sich im Golfkooperationsrat (GCC) zusammengeschlossen haben, dar. Die auf dem Reißbrett der britischen Kolonialmacht kreierten Zwergstaaten: Bahrain, Katar, Kuwait,

Vereinigte Arabische Emirate (VAE) und Oman sind sehr geschlossene Gesellschaften und stellen einen idealen Nährboden für islamistische Bewegungen dar. Sie fühlen sich seit dem 2. Golfkrieg – und insbesondere nach dem jüngsten Irak-Krieg – nur durch bilaterale Schutzverträge mit den westlichen Mächten - vor allem mit Frankreich und den Vereinigten Staaten - sicher und zogen es vor, auf den arabischen Beistand durch Ägypten und Syrien, wie er in der Damaskus-Deklaration von 1991 vorgesehen war, zu verzichten.

Ähnliches gilt für Saudi-Arabien, das wichtigste Mitglied im GCC. Dennoch ist in Saudi-Arabien vieles anders. Seit 1945 stehen die Saudis mit den Amerikanern in einer "unheiligen" symbiotischen Beziehung: Die Saudis verkaufen Öl an die Amerikaner und lassen amerikanische Militärstützpunkte auf saudischem Boden zu. Dafür verkaufen die Amerikaner den Saudis Waffen, schützen sie militärisch und sehen über gravierende Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien hinweg. Jetzt stellt sich heraus, dass Riad ein wesentlicher Teil des islamistischen Terrorproblems ist und nicht Teil seiner Lösung: die Mehrzahl der identifizierten Selbstmordattentäter vom 11. September stammen aus Saudi-Arabien. Saudi-Arabien hat darüber hinaus islamistische Bewegungen weltweit finanziell unterstützt.

Im Gegensatz zu dem vermeintlich starken Front- bzw. „Schurkenstaat“ Syrien und dem nur scheinbar *in disguise* agierenden „Schurkenstaat“ Saudi-Arabien herrscht in den anderen schwachen oder auf internationalen Druck geschwächten arabischen „Schurkenstaaten“ - Jemen, Libanon, Libyen, Sudan und Iran - physische Angst vor möglichen amerikanischen Militärschlägen. Darüber hinaus ist auch die politische Angst in diesen Ländern weit verbreitet, als die Staaten in der Region, die den Terrorismus nach US-Definition unterstützen, erneut gebrandmarkt zu werden und die Chancen auf eine Reintegration in die Weltgemeinschaft auf Dauer zu verlieren.

Nach den Ereignissen des 11. Septembers setzte sich in Israel die Überzeugung durch, dass die Vereinigten Staaten und der Rest der Welt endlich verstehen, was die israelische Gesellschaft angesichts des – aus der Sicht Israels – palästinensischen Terrors durchmacht. Die israelische Regierung schloss daraus, dass Null-Toleranz gegenüber dem Weltterror gleichzusetzen sei mit Null-Toleranz gegenüber dem palästinensischen Terror. Im Windschatten der internationalen Anti-Terror-Koalition und des jüngsten Irak-Krieges konnte Ariel Sharon bislang nicht nur den palästinensischen Terror tatsächlich noch härter bekämpfen als je zuvor, sondern auch die Selbstverwaltungsstrukturen der palästinensischen Autonomiebehörde weitestgehend zerstören. Gleichzeitig hat sich die Hoffnung der Palästinenser – und der arabisch-islamischen Welt – auf einen amerikanischen Paradigmenwechsel (noch) nicht erfüllt: Amerika solle die israelische Politik gegenüber den Palästinensern, insbesondere die israelische Siedlungs- und Absperrungspolitik, als Teil des amerikanischen Terror-Problems betrachten und dementsprechend agieren.

Die Türkei ist als einziger nahöstlicher Staat auch NATO-Mitglied. Die türkische Regierung bemüht sich seit Jahren, Mitglied der EU zu werden. Sie gibt damit nach außen ein klares Votum für ihre West-Orientierung, die nach innen und in der Region aber überwiegend negativ ausstrahlt. Die Türkei, ohnehin als Rechtsnachfolger des Osmanischen Reiches historisch in der Region vorbelastet, verstrickt in einem Machtkampf mit dem Iran um die Hegemonie über die islamischen Türk-Republiken der ehemaligen Sowjet-Union, hat auch durch ihre strategische Allianz mit Israel, ihre Wasserpolitik (Staudamm-Projekte) gegenüber Syrien und dem Irak sowie ihre Kurden-Politik arabischen Missmut auf sich gezogen.

## 2. Aufgabenstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Region

Im Regionalprojekt ***Gesellschaftspolitisches Beraterprogramm Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika*** ist die gesellschaftspolitische Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der

Arabischen Welt und den Ländern, die ihre Stabilität entscheidend mitprägen: Iran, Israel und die Türkei als Grenzfall<sup>1</sup>, zusammengefasst.

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Rahmenbedingungen und ausgehend von den praktischen Handlungsmöglichkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung soll das entwicklungspolitische Engagement der Stiftung in der Region den ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandel in Richtung Pluralismus und Demokratie sowie sozialer Gerechtigkeit unterstützen. Dies erfordert sowohl eine Zusammenarbeit mit zivil-gesellschaftlichen Organisationen wie auch mit staatlichen Akteuren, um diesen gesellschaftspolitischen Umbruch, vor allem im ökonomischen Bereich, umfassend begleiten zu können.

Im Vordergrund der Maßnahmen in den einzelnen Ländern der Region steht die **gesellschaftspolitische Beratung**: So werden politische Themen und Ansätze wie Demokratie und Partizipation, Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NRO) in der Gesellschaft, Gewerkschaften, volkswirtschaftliche Deregulierung und soziale Implikationen der Globalisierung, Religion und Politik, Menschenrechte, wirtschaftliche Zusammenarbeit und regionale Integration, Rolle der Medien u.a. aufgegriffen.

In allen Arbeitsgebieten in der Projektregion wird dem **Genderaspekt** als Querschnittsaufgabe eine zentrale Rolle zugemessen. Zu diesem Arbeitsbereich zählen u.a. die Stärkung von Frauenorganisationen und -netzwerken als Teil der Zivilgesellschaft, die Verbesserung der Stellung von Frauen in der Verfassung, in politischen Parteien und in Gewerkschaften, die Verbesserung der rechtlichen Situation von Frauen, mithin die generelle Beseitigung geschlechtsspezifischer Diskriminierung.

Die **Gewerkschaften** in den Projektländern haben einen sehr unterschiedlichen Grad an politischer Unabhängigkeit. In Israel und in geringerem Maße im Libanon und in Marokko gibt es Gewerkschaften mit einer relativen Autonomie von staatlichen Stellen. In Tunesien, Algerien und im Jemen bemühen sich die Gewerkschaften ebenfalls um größere Freiräume. Für ihre originäre Aufgabe, als Interessenvertretung für ihre Mitglieder und für große Teile der aktiven Bevölkerung zu fungieren, brauchen sie inhaltliche und politische Unterstützung. Auch auf die großen Herausforderungen, die sich aus der Globalisierung ergeben, sind die Gewerkschaften hinsichtlich ihres Selbstverständnisses und Kompetenzprofils noch nicht vorbereitet.

In allen Ländern der Projektregion gibt es zweifelsohne Ansätze für eine Zivilgesellschaft. Die unterschiedlichen historischen und innenpolitischen Bedingungen haben den zivilgesellschaftlichen Gruppen jedoch einen sehr unterschiedlichen Grad an Organisation und Unabhängigkeit ermöglicht. In den Staaten der Region sind Frauenorganisationen wesentliche Faktoren der Zivilgesellschaft. Umweltgruppen spielen vor allem in Nordafrika eine hervorgehobene Rolle. In allen Ländern spielen Menschenrechtsgruppen eine wichtige Rolle. Sie sind jedoch am häufigsten staatlichen Pressionen und Kontrollversuchen ausgesetzt, insbesondere in Tunesien, Ägypten und im Iran.

Ein Projektstrang, dem immer größere Bedeutung für die Stiftungsarbeit in der Region zuwächst, ist die **zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention**.

Derzeit ist die Stiftung mit 10 Büros in der Region vertreten: Israel, Jordanien, Palästina, Libanon und Jemen, Ägypten, Marokko, Tunesien, Algerien und Sudan. Sie engagiert sich vorsichtig in Syrien und im Iran, ohne bislang eigene Vertretungen in diesen Ländern zu haben.

Auch in Zukunft wird die Stiftung die inhaltliche Kontinuität und regionale Ausgewogenheit ihrer Arbeit in der Region sichern. Sie wird die thematische Fokussierung sowie die Zusammenarbeit

---

<sup>1</sup> Obwohl die Türkei einer anderen Fachabteilung der FES zugeordnet ist, wird sie vom Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika als wichtiger Spieler in der Region des Nahen/Mittleren Ostens und Nordafrikas konzeptionell erfasst und inhaltlich berücksichtigt. Alle Maßnahmen des Referates, die die Türkei mitbetreffen, werden mit der zuständigen Fachabteilung abgestimmt.

und Vernetzung in der Region gezielt vorantreiben. Vor allem werden wir uns als Stiftung weiterhin überall dort besonders engagieren, wo die großen Konfliktlinien in der Region verlaufen.

Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist auch die unabdingbare Voraussetzung für die umfassende Liberalisierung und Demokratisierung der arabisch-islamischen Welt. Erst danach können sich die arabischen Regimes nicht mehr hinter dem Glaubwürdigkeitsdefizit des Westens und der potentiellen Bedrohung durch den Atomwaffenstaat Israel verstecken. Die Glaubwürdigkeit westlicher Nah- und Mittelostpolitik nach dem jüngsten Irak-Krieg kann nur wiederhergestellt werden, wenn das internationale Quartett: USA, UN, EU und Russland – gemeinsam und transatlantisch – den vorgesehenen Friedensfahrplan oder die *peace road map*, um den israelisch-palästinensischen Konflikt zu lösen, nachweisbar umsetzt und international durchsetzt.

Auf regionaler Ebene hat sich die FES – über ihr vergleichsweise engmaschiges Netz an Auslandsbüros – das Ziel gesetzt, Themen aufzugreifen, die zu der Öffnung und Demokratisierung der Gesellschaften in der Region einen Beitrag – wie die Gewerkschaftskooperation, die Frauenförderung und die Vernetzung von NRO – leisten. Gleichzeitig versucht die FES, Problemfelder zu diskutieren, die in einer globalisierten Welt nicht mehr durch eine Politik im rein nationalen oder bilateralen Rahmen beantwortet werden können, sondern nur auf regionaler Ebene durch regionale Zusammenarbeit und Vernetzung – wie die Außenwirtschafts- und die Sicherheitspolitik – zu lösen sind.

Schon in der Vergangenheit hat die FES deshalb regelmäßig als Forum – beizeiten auch als Inkubator – gedient, in dem diese Themen von politischen Multiplikatoren und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern in der Region kontrovers und kritisch, aber auch konstruktiv und strategisch mit konkreten Lösungsvorschlägen diskutiert wurden.

Wegen der zunehmenden Bedeutung von multilateralen Abkommen (WTO) und interregionalen Initiativen (EURO-MED) für die Region ist es sehr wahrscheinlich, dass auch in Zukunft die Aufgabe regionaler Zusammenarbeit und Vernetzung in der Arbeit der FES von Bedeutung sein wird. Zweifelsohne wird der Bedarf der Projektpartner der FES an qualitativ hochwertiger Beratung angesichts dieser Entwicklungen deutlich zunehmen und die Notwendigkeit von Information, Koordination und Kooperation bei der Formulierung und Realisierung von regionalen Maßnahmen der Partner der FES noch größer werden. Im weiteren regionalen Kontext wird die Stiftung, die durch ihr Netzwerk an FES-Büros zweifelsohne über einen komparativen Vorteil verfügt, den horizontalen bilateralen und regionalen Dialog im Maghreb und Mashrek sowie zwischen Maghreb und Mashrek verstärkt fördern. Pragmatisch und realistisch, aber immer zielorientiert, wird die Stiftung nicht nur die palästinensisch-israelische, sondern auch die arabisch-israelische Zusammenarbeit, die innerarabische und die arabisch-muslimische (arabisch-iranische, arabisch-türkische und arabisch-kurdische) Kooperation unterstützen.



Anhang 4 (Arbeitsgruppe 2)

**Elvira Ganter**     **GTZ, Abt. 42 Staat und Demokratie**

*Eschborn, Febr. 2004*

## **Beitrag für die Arbeitsgruppe**

### **Für welche Fragestellungen hat die GTZ ihren Blick geschärft?**

Das Erstarren von islamischen Bewegungen in den vergangenen beiden Dekaden hat verdeutlicht, dass soziokulturelle und religiöse Faktoren wichtige Einflussgrößen für die Wirksamkeit von Programmen der EZ in islamisch geprägten Gesellschaften sind. Dies gilt im besonderen für sensible Bereiche wie z.B. Programme der Demokratieförderung, Rechtsreform und Reform der öffentlichen Verwaltung. Der Re-Islamisierungsprozess hat bei breiten Bevölkerungskreisen in islamischen Partnerländern Vorstellungen bestärkt, dass EZ Teil eines einseitigen Kultur- und Wertetransfer sei. Es stellt sich deshalb die zentrale Frage, mit welchen Ansätzen Technische Zusammenarbeit (TZ) nachhaltig Einfluss auf politische und gesellschaftliche Reformprozesse in islamisch geprägten Ländern nehmen kann.

In einer Reihe von Veröffentlichungen - z.B. des Wissenschaftlichen Beirats des BMZ - setzen sich das BMZ und einige Vorfeldorganisationen seit den 90er Jahren zunehmend mit der Bedeutung von islamischen Bewegungen auseinander. Die Papiere analysieren Ursachen und Wirkungen des Erstarkens islamistischer Kräfte und leiten sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ab. Deutlich wird, dass in der Frage des „Umgangs mit dem Islam und Muslimen“ ein großer Klärungsbedarf darüber besteht, welche Handlungskonzepte geeignet wären, um den Herausforderungen zu begegnen. Die Studien weisen jedoch übereinstimmend darauf hin, dass das Erstarren von fundamentalistischen und gewaltbereiten Kräften keine vorübergehende oder regional beschränkte Zeiterscheinung ist, sondern das Ergebnis von globalen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen, die die EZ noch lange beschäftigen wird.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass von den 87 Kooperationsländern der deutschen EZ 33 muslimische Bevölkerungsmehrheiten aufweisen – und die Länderliste erweitert wird (z.B. Sudan, Irak) – kann die Auseinandersetzung mit islamischen Bewegungen und Konzepten keine „Mode“-Erscheinung der EZ sein oder dem Feld der Wissenschaft überlassen bleiben.

Der Arab Human Development Report 2002 beschreibt eindringlich die Defizite im Bereich der Entwicklung von menschlichen Ressourcen und der Institutionen in arabischen Ländern. Der Bericht hat sehr nachdrücklich verdeutlicht, dass Veränderungen der institutionellen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen notwendig sind. Als Ursachen der Entwicklungsrückstände in der Region werden genannt: der Mangel an Rechenschaftspflicht, das Fehlen moderner Rechtsordnungen und Regierungsformen, die Benachteiligung von Frauen, Defizite in den Bereichen Bildung und Forschung. Insbesondere Blockaden bei der produktiven Umsetzung von Wissen und Potenzialen haben bewirkt, dass die Region Schwierigkeiten hat, den Anforderungen der Globalisierung gerecht zu werden.

In einer Reihe von Mittelmeerländern kam es in den letzten Jahren zu einer wachsenden relativen und absoluten Verarmung der einkommensschwachen 30-40% der Bevölkerung. Dies betrifft sowohl den ländlichen Raum als auch die Ballungsgebiete der Städte. Ein rapider Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit bis auf 70% ist z.B. in Algerien zu verzeichnen. Bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum stehen viele Länder einer Beschäftigungskrise gegenüber. In Ägypten stellen (weibliche) Sekundarschulabgänger den Hauptanteil der Arbeitslosen.

Die Entwicklungen - insbesondere in der Region Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika (MENA) - zeigen deutlich, dass im Zuge der Globalisierungsprozesse nicht nur arme Bevölkerungsteile

und insbesondere auch Frauen in ihrer Existenz bedroht sind, sondern auch Teile der Mittelschichten ökonomisch und politisch an Einfluss verloren haben. Die Ökonomisierung der internationalen Beziehungen hat tradierte Werte infrage gestellt. Aufgrund von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüchen suchen viele Menschen die Lösung im Islam.

Erschwerend für Reformschritte wirkt sich das gegenwärtige weltpolitische Klima aus, das vom Krieg gegen den Terrorismus und der Gefahr einer kulturellen Polarisierung der Welt in eine „westlich-aufgeklärte“ und „islamisch-rückständige“ geprägt ist.

Seit Beginn der 90er Jahre ist die deutsche TZ verstärkt bemüht, auf politische und institutionelle Veränderungsprozesse in den Partnerländern einzuwirken. TZ soll Rahmenbedingungen mitgestalten, die zur besseren Beachtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, Rechtsstaatlichkeit, sowie zu marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnungen beitragen.

Trotzdem wird der Dialog um „Governance“-Themen mit Partnern aus islamisch geprägten Ländern eher mit Zurückhaltung geführt. Ein Grund dafür ist, dass die TZ auf eine lange Tradition des praxisorientierten Technologie-Transfers zurückblickt. Dies gilt insbesondere für die islamisch geprägten Kernländer (Nahost), wo die TZ es tendenziell vermieden hat, Einfluss auf Führungseliten zu nehmen oder sich konkret zu Fragen der Guten Regierungsführung zu äußern. Überdenkenswert ist die starke Konzentration der TZ auf staatliche Partner, die als Träger von autoritären Herrschaftssystemen zunehmend unter inneren Legitimationsdruck geraten und den Dialog mit der Zivilgesellschaft nicht ernsthaft führen. Insbesondere, wenn innere Verteilungsprobleme ungelöst sind, der staatliche Dienstleistungsbereich korrupt ist und politische Eliten mit westlichen Mächten zusammenarbeiten (z.B. Sicherheit, Zugang zu Rohstoffen) steht die Glaubwürdigkeit der EZ auf einer harten Probe.

### **Misst die GTZ der religiösen und kulturellen Dimension von politischen Prozessen und Konflikten eine veränderte Bedeutung bei? Schlägt sich dies in der Schwerpunktsetzung oder bei der Auswahl von Kooperationspartnern nieder?**

Ende der 90er Jahre und insbesondere nach dem 11. September hat die Diskussion um Wertevermittlung und Soziokultur in der TZ deutlich mehr Gewicht bekommen. Die Ausrichtung der TZ auf Wirkungen legt nahe, soziokulturelle Faktoren stärker in der Zusammenarbeit mit Partnern einzubinden und konstruktiv für die Vereinbarung von politischen Entwicklungszielen zu nutzen. Generell ist zu vermerken, dass TZ-MitarbeiterInnen nicht in allen Fällen über die notwendigen Kenntnisse der handlungsleitenden Weltbilder – und deren religiös-kulturelle Grundlagen - in islamischen Gesellschaften verfügen. Voraussetzung für eine realistische Einschätzung von Verhandlungsspielräumen wäre es, Ansatzpunkte zu erkennen. Zu fragen bleibt, in welcher Breite und Tiefe solche Kenntnisse in der Vorbereitung von AuslandsmitarbeiterInnen vermittelt werden können.

Die jetzige instabile Situation in vielen Ländern islamischer Prägung, autoritäre Machtstrukturen und Terroranschläge haben ein dualistisches Weltbild von einer muslimischen und einer westlichen Welt geprägt (ein Beispiel ist Huntingtons These vom Kampf der Kulturen). Die dualistische Betrachtungsweise lässt jedoch die innere Heterogenität und Widersprüche außer acht, die jeder Gesellschaft eigen sind und ignoriert, dass „Kulturen“ und Gesellschaften keine festen, dauerhaften Gebilde sind, sondern sich in einem Zustand permanenter Veränderungen befinden.

EZ kann an diese Veränderungsprozesse nur anknüpfen, wenn der gesellschaftspolitische Diskurs, der in islamischen Kreisen heftig und kontrovers geführt wird (Beispiel: Frauenrechte) in seinen unterschiedlichen Facetten wahrgenommen wird. Es wird künftig sehr viel stärker darauf ankommen, diese Auseinandersetzung zu beobachten und reformbereite Kräfte zu Partnern der EZ zu machen. Die Ausrichtung der EZ auf „vertraute“ Partner, d.h. solche, von denen wir meinen, dass sie mit uns in einer Interessengemeinschaft handeln oder unseren weltanschauli-

chen Vorstellungen nahe stehen, ist überdenkenswert – zumal wir über diese Mittler eventuell nur Segmente einer Gesellschaft erreichen.

Es zeigt sich in der praktischen TZ ein deutlicher Trend, islamische Partner und sozio-kulturelle Bezüge stärker zu berücksichtigen. Die ATP-Maßnahmen arbeiteten mit lokalen NRO und gemäßigten islamischen Akteuren. Eine wichtige Erkenntnis aus dem ATP (GTZ, Oktober 2003) war, dass gemäßigte Akteure gestärkt werden sollten, um dem Einfluss von radikalen und gewaltbereiten fundamentalistischen Gruppen entgegenzuwirken. Diese Gruppen erbringen oft soziale Dienstleistungen, die in der Zuständigkeit des Staates liegen und von diesem nicht wahrgenommen werden.

Eine Aufarbeitung der Erfahrungen erfolgt auch und vor allem in Sektorvorhaben und Eigenmaßnahmen der GTZ. Beispiele sind die Eigenmaßnahme zu „Kultur und Entwicklung“ und die Eigenmaßnahme „Islam in Afrika“. Weitere Initiativen sind in der Planung. Des weiteren nutzen vor allem zielgruppennahe TZ-Vorhaben zunehmend islamische Einrichtungen wie Moscheen, Koranschulen, islamische Banken und religiöse Mittler. In einem GTZ-Workshop zu „EZ in islamisch geprägten Ländern – Brauchen wir neue Handlungsansätze?“ (Februar 2004) setzten sich TZ-Fachkräfte mit der Problematik intensiv auseinander.

### **Welche neuen Arbeitsansätze werden gesucht und erprobt, um im islamischen Raum Veränderungsblockaden in der politischen Kultur aufzubrechen? Welche erscheinen erfolgreich, welche weniger ?**

Seit über 30 Jahren ist die TZ in islamischen Kernländern (Naher und Mittlerer Osten) vertreten, mit den Zielen, die Partner beim Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu unterstützen und zum Abbau von Armut beizutragen. Die Schwerpunkte und Programme haben sich seit der Gründung der GTZ kaum von denen in anderen Regionen unterschieden. Seit dem 11. September müssen wir uns jedoch fragen, ob EZ/TZ auf die Herausforderungen in islamisch geprägten Regionen adäquat reagiert.

Zu überlegen wäre, ob die Schwerpunkte der deutschen EZ in Regionen mit starker islamischer Prägung expliziter auf Fragen der Guten Regierungsführung ausgerichtet werden sollten und wie der Dialog um demokratische Öffnungsprozesse gezielt auch über technische Ansätze (WIRAM, Wasser, Umwelt) voranzutreiben wäre.

Neue Ansätze, insbesondere auf Zielgruppenebene, liegen vor. Die vorliegenden Erkenntnisse werden jedoch (noch) nicht systematisch erfasst und in Wert gesetzt. So sind z.B. Initiativen entstanden, die Arbeitshilfen für die Beratung von Zielgruppen bereitstellen (z. B. Leitfäden, Handreichungen). Sie verdeutlichen die Zusammenhänge zwischen normativen Konzepten (z.B. aus Koran, Tradition oder lokalen Gebräuchen abgeleitete Vorstellungen) und sektoralen Ansätzen (Umwelt, WIRAM, Gesundheit etc.) und bieten Orientierung für die Zusammenarbeit mit islamischen Organisationen. Bisher fehlt jedoch eine Querschnittsanalyse zur Erfassung, Zusammenführung und regionalen Aufarbeitung der Erfahrungen.

Im Dialog mit Partnern aus islamisch geprägten Regionen zu vermeiden wären essentialistische Konstruktionen („... der Islam ist marktwirtschaftlich, sozialpflichtig, demokratisch, theokratisch ...“). Es stellt sich eher die Frage: „was ist auf politischer Ebene - und mit den Zielgruppen - verhandelbar?“ Die Verhandelbarkeit wird sich in der Praxis an den jeweiligen regional- oder länderspezifischen Gegebenheiten ausrichten müssen. Es erscheint deshalb nicht angebracht, den Dialog mit Partnern auf der normativen Ebene und in Form einer Kulturdebatte zu führen, sondern eingebettet in konkrete Reformvorhaben.

## **Gibt es zwischen den FriEnt-Organisationen einen gemeinsamen Klärungs- und Handlungsbedarf?**

Insgesamt steht eine differenzierte Diskussion zum Thema „EZ in islamisch geprägten Ländern“ noch aus. Klärungsbedarf besteht für eine Reihe von grundlegenden Fragen:

- Mit welcher Deutlichkeit und Direktheit können wir auf Reformprozesse drängen?
- Können wir über technische Projekte partizipative/demokratische Strukturen stärken?
- Wie offensiv kann z.B. der Dialog um Menschenrechte (Partizipation, Gender u.a.) geführt werden?
- Müssen wir Ansätze, Analyseinstrumente und das Instrumentarium flexibilisieren?

Islam ist als normative Größe bei Ansätzen zur Demokratieförderung besonders relevant, zumal sich hier die Grundfrage nach der Vereinbarkeit von islamischen Ordnungs- und Wertesystemen mit westlichem Demokratieverständnis stellt. Geeignete Formen für Rechts- und Verfassungsgespräche über Menschenrechte, Gender, Partizipation und Rechtssicherheit brauchen kenntnisreiche Mittler auf beiden Seiten, wenn der partnerschaftliche Dialog auf „gleicher Augenhöhe“ und ohne kultur-hegemonistische Ansprüche geführt werden soll. Eine sorgfältige Auswahl und Vorbereitung von entsandten Fachkräften auf regional- und lokalspezifische Eigenheiten wäre deshalb hilfreich für die realistische Einschätzung von Partnern, gesellschaftlichen Kräften und deren konkrete Anliegen.

Da Erneuerungsbewegungen im Islam die Lösung auf drängende Entwicklungsprobleme suchen, ist die EZ zunehmend aufgefordert, Fachkenntnisse und Erfahrungen in den Politikdialog einzubringen und Einflussmöglichkeiten wahrzunehmen. Die Vielschichtigkeit der Debatte und unterschiedliche Handlungsempfehlungen zeigen, dass hier ein großer Klärungsbedarf vorliegt, insbesondere wenn wir als Berater im politischen Dialog gemeinschaftlich mit anderen Bundesressorts (AA, Verteidigungsministerium) und im internationalen Geberkreis handeln wollen.

Mögliche gemeinsame Maßnahmen von hoher Relevanz für alle EZ-Organisationen wären der Austausch von Erfahrungen (Wissensmanagement), Materialien (einschl. Arbeitshilfen, Orientierungen für den Politikdialog) und Fortbildungsveranstaltungen.

## Anhang 5 (Arbeitsgruppe 3)

**Überlegungen für die FriEnt-Diskussion am 17.02.2004,  
die internationale Programmarbeit des EED betreffend*****„Kontinuität oder Kurskorrekturen?“***

Der 11.09.2001 hat auch im Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) eine heftige Debatte darüber ausgelöst, ob und wie wir die Welt und vor allem die Nord-Süd-Beziehungen künftig anders zu verstehen bzw. zu interpretieren haben und ob sich daraus Schlussfolgerungen für unsere Arbeit ergeben.

1. Eine wichtige Schlussfolgerung, so lässt sich heute sagen, besteht darin, dass wir es ablehnen, Entwicklungsarbeit und -politik dem Begriff einer vor allem militärisch verstandenen Sicherheitspolitik unterzuordnen und Entwicklungsarbeit sozusagen als Gefahrenabwehr zu verstehen und zu betreiben. Die Bekämpfung von Armut, Unterdrückung und vorenthaltenen Rechten und Chancen trägt nach unserem Verständnis vom Menschen ihre Bedeutung in sich selbst und wird nicht erst bedeutungsvoll dadurch, dass die Perpetuierung bestehender Zustände möglicherweise für den reichen „Nordwesten“ zur Bedrohung wird.
2. Bereits Ende der 80er Jahre wurde deutlich, dass gewaltsame Konflikte in vielen unserer Gastländer durch Bevölkerungswachstum, sich verknappende Ressourcen, durch erzwungene Anpassungsprozesse an einen sich globalisierenden Markt, durch Staatsverfall und sich ausbreitende Gewaltmärkte massiv zunehmen. Darauf hat der EED mit seinen beschränkten Mitteln an vielen Stellen - etwa im Kongo oder in Indonesien - durch vermehrte Förderung von Programmen der Gewaltprävention reagiert. Unsere Partner und wir sind sensibler geworden für gewaltschaffende Verwerfungen verschiedenster Art, auch dafür, dass Interventionen durch Entwicklungsprogramme konfliktverschärfende Auswirkungen haben können. In diesem Zusammenhang sei an den Do-No-Harm-Ansatz der Quäkerin Mary Anderson erinnert.
3. Konflikte, auch gewaltsame Konflikte, werden häufig entlang religiöser Identitätslinien ausgetragen. Die Befassung mit ihnen in der Projektarbeit ist insofern unabdingbar. Religiöse Identitäten sind aber weder naturgegeben noch unveränderlich; sie lassen sich beeinflussen und sie werden beeinflusst. Aus der Erfahrung der Arbeit unserer Partner und aus unserer Teilnahme daran ergibt sich, dass das eigentliche Problem in der Instrumentalisierung von Religion zum Zwecke der Gewinnung, der Ausübung oder des Erhaltes von politischer Macht liegt. Die zu Grunde liegenden Probleme und Verwerfungen einer zur Gewalt tendierenden gesellschaftlichen Situation sind in aller Regel nicht religiöser, sondern wirtschaftlicher oder sozialer Natur. Es ist daher eine Aufgabe einer christlich orientierten Organisation wie des EED, mitzuhelfen, die eigentlichen Widersprüche zu verstehen und zu bekämpfen und - etwa durch die Förderung von Programmen der Grundschulziehung - religiöse Toleranz zu fördern, auf dass Religion weniger instrumentalisierbar wird.
4. „Den“ Islam gibt es nicht; von daher ist die Auseinandersetzung mit „dem“ Islam müßig. Der EED hat seit dem 11.09. auch deswegen keinen Grund gesehen, warum er sich, selbst wenn er es könnte, in den arabisch-islamischen Kernländern des Nahen und Mittleren Ostens stärker engagieren sollte als zuvor. Da, wo wir Partnerprogramme fördern, messen wir allerdings heute dem intra- wie dem inter-religiösen Störpotenzial einer Bevölkerung bei der Prüfung von Projektanträgen mehr Bedeutung bei als früher. Religion ist, wenn Sie so wollen, ein zusätzliches Prüfungsparameter bei der Bewertung bestehender oder zu erwartender Konflikte geworden, auf das die Projektarbeit präventiv oder reaktiv einwirken muss. Inter-religiöse, inter-ethnische und inter-kulturelle Span-

---

nungen können deswegen ebenso zum Gegenstand von Projektarbeit werden, wie sie da mitbedacht werden müssen, wo sie nicht ihr ausdrücklicher Gegenstand sind.

5. Der z.T. gewaltbereite christliche Fundamentalismus, der weltweit bedeutend schneller wächst als der islamische, wird uns in den vor uns liegenden Jahren auch in der EZ zunehmend beschäftigen. Allen Fundamentalismen gegenüber wird es deswegen sowohl in der staatlichen wie in der nicht-staatlichen EZ darauf ankommen, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit als unaufgebbare Mindestanforderungen an innergesellschaftliches und staatliches Handeln einzufordern und zu fördern. Zu viele südliche und östliche Akteure haben diese Prinzipien inzwischen anerkannt, als dass wir uns noch vor dem Vorwurf der Verbreitung rein westlicher Werte fürchten müssten. Allerdings müssen westliche Außen- und Entwicklungspolitik diesen Ansprüchen ebenfalls genügen, denn auch Unglaubwürdigkeit kann Werte zerstören und da, wo diese säkularen, weltweit anerkannten Werte zerfallen, treten um so leichter religiös-fundamentalistische und gottesstaatliche Vorstellungen an ihre Stelle und verformen menschliches Zusammenleben.
6. Da, wo sich an FriEnt beteiligte Organisationen wie auch ihre jeweiligen Partner auf die gemeinsame Analyse einer in geographischer und thematischer Hinsicht begrenzten Situation verständigen können, wo eine klare Aufgabenverteilung vereinbart und institutionspolitischer Eigennutz ausgeschlossen bzw. kontrolliert werden kann, ist aus meiner Sicht eine Zusammenarbeit möglich und wünschenswert.

Heiner Knauss (EED)